

# Volkswort

für Schlesien · Organ für die werktätige Be-



Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Fürststraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig. Trägerslohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlicb Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienanzeiger 10 Pf. Kleine Anzeigen müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre. Postfachkonto: Breslau 3352. Dr.

1 Pf. auswärtig 12 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer Expedition Fürststraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 212 37 und 212 39, Redaktion Nr. 212 38. Anzeigenstellen und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, so beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang Donnerstag, den 28. Juli 1932 Nr. 175

## Neuer Eingriff des Reichskommissars Preußen-Regierung an der Vertretung im Reichsrat verhindert Scharfe Rechtsverwahrung des Reichsrats

In einer Ausschusssitzung des Reichsrats spielte sich am Mittwoch nachmittags ein beschämender Vorfall ab. Er steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion der Papen-Regierung gegen die preussische Staatsregierung und zeigt, daß die gewalttätige Vorgehensweise der preussischen Minister nicht gewillt sind, sich mit der Papen-Aktion auch nur einen Augenblick abzufinden.

In der Ausschusssitzung des Reichsrats war für die nach wie vor allein zur Vertretung Preußens berechtigte Preussische Staatsregierung der stellvertretende preussische Ministerpräsident Dr. Hirtfelder erschienen. Der Reichsinnenminister Herr von Gahl erklärte deshalb, daß er in Gegenwart Hirtfelders die Verhandlungen nicht eröffnen werde. Als Minister Hirtfelder unbedürftig darum im Saal verblieb, drohte Reichsinnenminister von Gahl — wohlgerichtet der Verfassungsminister des Deutschen Reiches — ihn mit Gewalt aus dem Saal entfernen zu lassen. Minister Hirtfelder legte namens der preussischen Staatsregierung schärfste Verwahrung gegen diesen neuen Gewaltakt der Reichsregierung ein. Er vertiefte dann die Sitzung, um dem Reichsrat das entwürdigende Schabspiel eines solchen Rechtsbruches zu eriparen.

Am Mittwoch vormittags war bereits in einer Geschäftsordnungsdebatte im Reichsrats-Ausschuß für die

Invalidenversicherung eine formelle Rechtsverwahrung von den meisten Ländern gegen die Ausschusshandlungen eingelegt worden, weil die preussischen Stimmen durch die Reichsregierung instruiert werden. In der Ausschusssitzung am Nachmittag, in der die Richtlinien der Reichsregierung für den Rundfunk beraten werden sollten, wiederholten zunächst Bayern und später auch die Vertreter anderer Länder diese Rechtsverwahrung. Sie beteiligten sich jedoch an der sachlichen Beratung der Rundfunk-Richtlinien. Aber fast alle Länder protestierten gegen die von der Reichsregierung beantragte Zentralisierung und einseitige Festsetzung des Rundfunks im Sinne der Nazi-Barone.

Der den Verhandlungen im Reichsrat sich die Regierung der Nazi-Barone den Mitgliedern der Regierung Braun mitteilten, daß sie ihrer Funktionen als Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat entziehen seien. An Stelle des Ministerpräsidenten Braun und der Staatsminister hat die Papen-Regierung den Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht und die zu kommissarischen Ministern ernannten Staatssekretäre als Bevollmächtigte zum Reichsrat bestellt. Die Mitglieder des Kabinetts Braun haben die ihnen zugegangene Mitteilung mit einer Rechtsverwahrung beantwortet.

Von dem neuesten Gewaltakt der Papen-Regierung wird

die verfassungsmäßige Funktion des Reichsrats erheblich betroffen. Der Reichsrat soll nach der Verfassung ein selbständiger Faktor der Gesetzgebung sein. Nach Artikel 69 bedarf die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrates. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat nicht zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats wahrzunehmen. Der Reichsrat hat ferner ein Einspruchsrecht gegen Gesetze, die vom Reichstag beschloffen worden sind. Jedes Land hat im Reichsrat mindestens eine Stimme, bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß von 350 000 Einwohnern 700 000 gleichgerechnet wird. Um eine Majorisierung der anderen Länder durch Preußen zu verhindern, ist in der Verfassung aufgenommen worden, daß kein Land durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein darf.

Diese verfassungsmäßigen Bestimmungen sind von Herrn von Papen selbstherrlich außer Kraft gesetzt worden, indem er die preussischen Stimmen als Reichskommissar instruiert und damit als Reichstanzler entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung zugleich einen Teil der Funktionen des Reichsrats übernommen hat.

## Otto Braun an von Papen Ein offener Brief an den Urheber der Aktion gegen Preußen

Herr Reichstanzler!  
Da ich auf mein Schreiben vom 20. d. Mts. bisher ohne Antwort geblieben bin, woraus ich wohl entnehmen muß, daß Sie mir nicht Gelegenheit geben wollen, Ihnen im Rundfunk zu erwidern, sehe ich mich genötigt, Ihnen auf Ihre Rundfunkrede öffentlich durch die Presse zu antworten.

Die Gründe Ihres in der Verfassungsgeschichte konstitutionell registrierter Bundesstaaten ohne Beispiel dastehenden Vorgehens haben Sie gemäß brieflicher Mitteilung an mich in Ihrer Rundfunkrede am 20. Juli dargelegt. In dieser Rede erheben Sie gegen die preussische Staatsregierung schwerwiegende Beschuldigungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ich bin der Ansicht, daß ein leitender Staatsmann, noch dazu in dieser Situation, nicht verächtlichen dürfte, sondern sachlich begründend mülte. Keine Ihrer Behauptungen ist in einer Form vorgebracht, die eine sachliche Nachprüfung möglich macht.

dem Ersuchen auf Abstellung dieser angeblichen personalpolitischen Mängel zu benachrichtigen.

Ich wünschte nur im Interesse unseres deutschen Volkes, daß die unter Ihrer Leitung, Herr Reichstanzler, stehende Reichsregierung ebenso unabhängig von der Nationalsozialistischen Partei wäre, wie die verfassungsmäßige preussische Regierung von der Kommunistischen Partei!

Wie die preussische Staatsregierung seit Jahr und Tag von den Kommunisten berannt und bekämpft wird, mühen gerade Sie, Herr Reichstanzler, aus der Zeit Ihrer Abgeordnetentätigkeit im preussischen Landtag aus eigener Anschauung wissen. Auch kann Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß im neugewählten Landtag die Kommunisten mit den Nationalsozialisten ebenso wie im alten Landtag, trotz gelegentlicher Brüche meist in geschlossener Einheitsfront gegen

die preussische Regierung stehen. Der Jubel, mit dem nach glaubwürdigen Zeitungsberichten kommunistische Versammlungen die Kunde von der Amtsentsetzung meines Kollegen Severing und meiner Person aufgenommen haben, hätte auch Sie stuhig machen müssen.

Ihren Behauptungen, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen zur ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewachsen wären, und daß nur dort der Wahlkampf so blutig geworden sei, stelle ich neben der Tatsache, daß blutige Zusammenstöße auch außerhalb Preußens vorkommen, die jedem Unvoreingenommenen einschneidende andere Tatsachen entgegen, daß bei der starken Industrialisierung Preußens und bei der den anderen Ländern gegenüber häufigeren Zusammenballung der Bevölkerung in den Großstädten und Industriezentren mit ihrer

Es ist Ihnen daher auch nicht gelungen, nachzuweisen, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen die preussische Staatsregierung gegeben waren.

Denn diese Voraussetzungen — Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, deren die Staatsregierung aus eigener Kraft nicht hätte Herr werden können oder wollen, oder ein anderer gefährbringender Notfall — waren einfach nicht vorhanden und können auch mit Gewalt nicht konstruiert werden.

Es ist unrichtig, daß, wie Sie sagten, die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staats-eindlichen Betätigung der Kommunistischen Partei zu treffen.“ Die preussische Staatsregierung, die noch wenige Tage vor den Landtagswahlen polizeiliche Hausdurchsuchungen bei der Kommunistischen Partei hatte vornehmen lassen, weil der Verdacht gesetzlicher Handlungen vorlag, ist jeder staats-eindlichen, gegen die Verfassung verstoßenden Betätigung der links- und rechtsradikalen Parteien mit gleichen Mitteln auf das schärfste entgegengetreten.

Mehr als ein deutscher Reichstanzler hat im Verlaufe meiner 12jährigen Ministerpräsidentenschaft der Staatsregierung und mir den Da und dort ausgesprochen, daß die ruhige und stetige Arbeit der preussischen Staatsregierung und ihr maßvoller funktionierender Polizeiparapparat in schweren deutschen Krisenzeiten dem Reich eine wertvolle Stütze gewesen sei.

Diesen geschichtlichen Verdiensten der preussischen Regierung gegenüber können die ohne den Namen eines Beweisantritts, ohne Angabe von Namen und Zeit wiedergegebenen Gerüchte von der angeblich kommunistischen Einstellung „hoher Funktionäre“ oder „eines Polizeipräsidenten“ nicht das mindeste belegen. Es ist ja auch überaus charakteristisch, daß von Ihnen, Herr Reichstanzler, vorher erst gar nicht der Versuch unternommen worden ist, gemäß Artikel 15 der VB. die preussische Regierung davon mit

## Nun holt zum letzten Schlage aus! Wähler und Wählerinnen!

Am Sonntag schmiedet das deutsche Volk sein künftiges Geschick.

Ein Wahlkampf unerhört, wie ihn die deutsche Geschichte noch nie erlebt, liegt dann hinter uns. Millionen Männer und Frauen standen als begeisterte Streiter in der Eisernen Front.

Die drei Pfeile waren das Symbol unseres Kampfes: Aktivität, Disziplin, Einigkeit.

Es geht um die Freiheit!

Hunderte unserer Mitkämpfer haben ihre Treue im Kampfe für die Freiheit mit ihrem Blute bezahlt. Kein Terror, keine Drohung, keine Lockung vermochte sie irre zu machen.

Nun steht ihr am Sonntag am Anbruch der Zeit; im Zeichen der Eisernen Front unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Sie kämpft für politische Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und geistige Erneuerung.

Sie kämpft für Abwehr eines Schandestregements, das politische Abenteuer mit dem Golde ihrer Gönner aufzichten wollen.

Sie kämpft für die Wohlfahrt der Millionen Hilfsbedürftiger und Bedrängter, für die Opfer der Krise und

der Arbeit, für die Kriegsbeschädigten, für alle Alten, Schwachen und Armen.

Der Staat darf nicht zu einer Wohlfahrtsanstalt der Großkapitalisten, der Bankfürsten und der ostelbischen Großgrundbesitzer werden.

Heraus zur Entscheidung!

Der Stimmzettel ist jetzt der Hammer in eurer Hand

Gebraucht ihn!

Nützt die Gleichgültigen, die Irreführten, die Verzagten auf! Reißt sie mit ihrer Begeisterung fort! Formiert die Einheitsfront des kämpfenden Volkes im Zeichen der Eisernen Front: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Schlagt die Reaktion!  
Die Banner hoch!  
Vorwärts und durch!  
Freiheit!

Berlin, den 27. Juli 1932.

Die Reichstagsleitung  
der Eisernen Front  
Wählt Seite 1



# Hitler toleriert Papen

## Anzweideutige Erklärung Hindenburgs

In einer gewaltigen Kundgebung der Eisernen Front, die am Mittwoch in der bis zum letzten Platz gefüllten Ausstellungshalle in Altona stattfand, beschäftigte sich Rudolf Heß mit der Erklärung des General-Schleicher in Altona, es sei eine Frage, ob Jünger und Generäle die Regierung Brüning gestützt hätten. Unter Bezugnahme auf die Erklärung richtete Heß drei Fragen an General-Schleicher folgende:

1. Will General Schleicher in Abrede stellen, daß er von Offizieren des Reichswehrministeriums beauftragt wurde, gegen den Reichswehrminister Groener, als dieser im Reichstag das SA-Verbot rückfälligte?
2. Will General Schleicher in Abrede stellen, daß jener Brief des Reichspräsidenten, der mit falschem Material über das Reichswehrministerium an den Reichswehrminister ging?
3. Will General Schleicher in Abrede stellen, daß er sich als heftiger Bekämpfer des SA-Verbots betätigt hat und nach Erlass des Verbots für seine Aufhebung eingetreten ist, nachdem die Generäle gegen das Verbot Sturm gelaufen ist und will Schleicher in Abrede stellen, daß dies der wesentliche Grund des Sturzes des Kabinetts Brüning war?

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Heß auf die von der Hitler-Partei immer wieder abgelehnte Tolerierung des Kabinetts Papen zu sprechen. „In den letzten Tagen erst“, so führte Heß aus, „hab mir Tatsachen zu Ohren gekommen, die den Verrat der Hitlerpartei ins hellste Licht stellen.“

Als der Reichspräsident vor der Bildung des Kabinetts die Führer der verschiedenen Parteien empfing, wurde er von den Führern der Staatspartei gefragt, wie denn Adolf Hitler zu der Regierungsneubildung stehen werde. Hindenburg erwiderte darauf: „Herr Hitler wird das Kabinett tolerieren. Er hat mir sein Wort gegeben.“

An diesen Worten ist nichts zu deuteln; denn es sind bei dieser Unterredung Zeugen zugegen gewesen.“

Die Ausführungen Heß wurden von der Versammlung mit lärmischen Beifallstundgebungen aufgenommen.

# Papen sagt weiter ab

Der Vorsitzende der Regierung der Nazis hat sich am Mittwoch in Gegenwart des Essener Oberbürgermeisters Dr. Braß und der als kommissarische Minister tätigen Staatssekretäre der preussischen Regierung dahin schlüssig geworden, zehn Landratsämter neu zu besetzen. Eine Neubesehung kommt selbstverständlich in erster Linie dort in Frage, wo bisher Sozialdemokraten die Landratsämter verwaltet haben. Außerdem soll sich Herr von Papen als preussischer Machthaber entschlossen haben, mir nichts dir nichts 60 preussische Landkreise aufzulösen und mit benachbarten größeren Kreisen zu einer Verwaltungsvereinfachung zu vereinigen. Ferner sollen 60 Amtsgerichtsbezirke aufgelöst und mit benachbarten größeren Bezirken verschmolzen werden.

Die Regierung Braun hatte bereits aus Ersparnisgründen die Auflösung einer Reihe von Landkreisen beschlossen. Die Vorlage konnte jedoch nicht mehr dem Landtag zugestellt werden. Abgesehen davon war sie weniger rigoros als die jetzt geplanten Maßnahmen.

# Papen setzt ab, trotz großer Verdienste

Der Kölner Regierungspräsident Eifgen hat am Mittwoch in einer Rede anlässlich der Einführung des kommissarischen Kölner Polizeipräsidenten Vögeler unter anderem ausgeführt:

„Ich halte mich für verpflichtet, in dieser Stunde des Mannes zu gedenken, der fast sechs Jahre das Polizeipräsidentium geführt hat. Ungeachtet der Gründe, die zur Dispositionsstellung des Polizeipräsidenten Bauknecht geführt haben, glaube ich mich in Uebereinstimmung mit der vorgehenden Stelle zu befinden, wenn ich dem Polizeipräsidenten Bauknecht herzlichen Dank sage, daß er in schwerster Zeit seine ganze Persönlichkeit reiflos und unerschrocken für seine schwierige polizeiliche Arbeit in Köln eingesetzt hat. Wie Bauknecht bei der nationalen Abwehr des Ruhrkampfes und bei separatistischen Ausschlägen auf die Reichsicherheit unzweifelhaft seinen Mann gestanden hat, so hat er auch seine ganze Kraft, sein bestes Wissen und Können dem Polizeipräsidentium Köln gewidmet und sich der persönlichen Mühe, die ihm unterstellten Beamten angenehm gemacht.“

Dieser um sein Vaterland und das Kölner Polizeipräsidentium hochverdiente Mann wurde von Herrn von Papen für abgesetzt erklärt, weil er ihm nicht paßte! Das ist die „neue Staatsführung“.

# Hugenberg-Blatt fälscht Briefe

Der „Berliner Volksanzeiger“ des Herrn Hugenberg wartet heute mit einem neuen „Wahlklager“ auf. Wieder einmal ist das Blatt einem Schwindler in die Hände gefallen. Wieder einmal belügt es seine Leser in der feinsten Weise.

Das Hugenberg-Blatt veröffentlicht in großer Aufmachung einen angeblichen Brief des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Feinig an den sozialdemokratischen Landrat Schlemminger in Nieder-Barnim. In diesem Brief heißt es im Zusammenhang mit der Aktion der Papen-Regierung gegen Preußen, daß das Reichsbanner und die Sozialdemokratische Partei sich zur Zeit in „einer unsicheren Lage“ befinden, in den Kassen der Gewerkschaften „Ebbe“ herrsche und deshalb „keine Basis für ein schlagfertiges und durchgreifendes Vorgehen“ gegen die Regierung der Nazis haben. Das einzige wirksame Mittel, das die Sozialdemokratie den Nazis im Augenblick entgegensetzen könne, wäre „die Wählerchaft unter Hinweis auf die drohende faschistische Gefahr restlos an die Wahlurne“ zu bringen.

In diesem Brief ist kein wahres Wort. Er ist von Anfang bis zu Ende gefälscht. Aber schließlich kommt es bei Hugenbergs „Volksanzeiger“ auf eine Fälschung mehr oder weniger nicht mehr an.

# Robert Breuer frei!

Der auf Grund einer Denunziation während des Ausnahmestandes in Berlin-Brandenburg aus dem Bett heraus verhaftete sozialdemokratische Schriftsteller Robert Breuer ist am Mittwoch freigelassen worden. Breuer, der sich sofort in die Redaktion des „Vorwärts“ begab, wurde beim Verlassen des Polizeigefängnisses mit kräftigen Freizeitsrufen begrüßt. Er erklärte, diesen inquisitorischen Vernehmungen unterzogen worden zu sein: „Das Ergebnis der Aktion gegen mich ist eine Blamage für die Menschen, die sie in die Wege geleitet haben und wird eine Blamage bleiben!“

# Nichtsagende Antwort

Dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz ist als Antwort auf sein Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er sich den Protesten der anderen deutschen Länder gegen das Vorgehen der Reichsregierung anschloß, ein Schreiben des Reichspräsidenten zugewandt, in dem es heißt: „Der Herr Reichspräsident wird in geeigneter Gelegenheit gehöret haben, mit Ihnen die Gründe zu besprechen, die mich und die Reichsregierung zur Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen bestimmt haben. Ich hoffe, daß Sie nach dieser Aussprache davon überzeugt sein werden, daß eine Auswirkung dieser Maßnahme auf andere Länder, insbesondere auf Württemberg, nicht zu befolgen ist.“

# Arbeitsbeschaffung in Berlin

Der Magistrat des roten Berlins hat am Mittwoch beschlossen, zur Behebung des Arbeitsmangels auf dem Gebiet der Berliner Stadtentwässerung umfangreiche Arbeiten ausführen zu lassen. Die Kosten in Höhe von rund 43 Millionen Mark werden zum großen Teil von der Stadt aufgebracht.

# Samen und Denunzianten

In Berlin hat zur Zeit eine Denunziation die andere. Am 27. Juli wurde in der Graf-Stieglung Straße auf Grund einer Denunziation in den Wohnungen der Berliner Einwohner des Reichsleiter des Reichsverbandes der Deutschen Arbeitervereine, der ebenfalls im Reichsbanner tätig ist, eine Denunziation durchgeführt. Die Denunziation wurde von einem Mann, der sich als „Gefährlicher“ bezeichnet, durchgeführt. Die Denunziation wurde von einem Mann, der sich als „Gefährlicher“ bezeichnet, durchgeführt. Die Denunziation wurde von einem Mann, der sich als „Gefährlicher“ bezeichnet, durchgeführt.

# Was tut Papen zur Sicherung der Wahlen

## Immer neue Nachrichten über Zusammenziehung der SA.

Der Reichswehrminister, General v. Schleicher, hat am Dienstag in seiner Rundfunkrede erklärt: „Ich bin der Meinung, daß das Vorhandensein einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht allein schon genügen muß, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren. Ich werde auch nicht dulden, daß die Wehrmacht die ihr im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt und daß sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmaßen.“

Wenn ein Mann ein Wort ist und dieses Wort einen Sinn haben soll, so kann der Reichswehrminister nur so verstanden werden, daß sich private Organisationen, wie z. B. die SA, des Herrn Hitler, nur im Rahmen des Gesetzes betätigen dürfen; daß sich eine SA, keinerlei militärische Funktionen anmaßen und keine Tätigkeit ausüben darf, die das Reich und seine Autorität erschüttern könnte.

Wie verhält es sich aber mit den Worten des Reichswehrministers und seiner Feststellungen, daß allein das Vorhandensein einer geschlossenen Wehrmacht die ihr im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt und daß sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmaßen?

Die Meldungen sind so hieb- und stichfest, daß sie von niemandem bestritten werden können. Wir sind in der Lage, sie mit einer ganzen Reihe von Dokumenten zu belegen. Aus ihnen erwähnen wir einen an die SA und SS Stuttgart ergangenen „Sturmbrief“ und „Sturmbeleg“, in dem für die gesamte SA und SS „höchste Marschbefehle“ für den 31. Juli angeordnet sind. Wir führen weiter die durch Kurierdienst SA Stand 1/120, SS Stand 13, von München übermittelten Befehle, „an Sturmbann- und Sturmführer“, „an die Führer“, „an die Ab- und SA“, in denen über die „Bewaffnung und Ausrüstung der SA und SS“ genaue Meldungen verlangt werden; Befehle, durch die die Motorfahrzeuge mobil gemacht werden; Befehle, die angeht die Wahl sofort jeden Urlaub für SA und SS sperren und nur die Abwesenheit im Todesfall eines Angehörigen oder zum Besuch eines schwer erkrankten Familienmitgliedes gestatten. Wörtlich heißt es in dem Befehl:

„Ich verlange, daß dieser Befehl restlos durchgeführt wird. Jeder Führer hat für die Einhaltung dieses Befehls die zehnfache Stärke der SS im Verhältnis zur SA, wird auf 15 bis 20 Prozent festgelegt. Es sind besonders zuverlässige Leute aus der SA, an die SS, zu übergeben. Meldung bis spätestens 25. Juli über die Dienststellen zur Reichsleitung. Unterschrift, Stand 13. gen. Zeller.“

Dürfen wir den Herrn Reichswehrminister fragen, ob er glaubt, daß diese Vorbereitungen und Anordnungen einer „privaten Organisation“ in Einklang zu bringen sind mit der Autorität des Reiches?

Oder glaubt er, bezartige Befehle an eine militärisch organisierte, auf Gehorsam gegründete und einige hunderttausend Mann starke SA, seien lediglich aus Spielerei erteilt? Eine halbwegs Antwort auf diese Frage liegt umso mehr im öffentlichen Interesse, als die Arbeiterchaft eineswegs gewillt ist, von dem Generalalarm der Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler lediglich Kenntnis zu nehmen.

# Nazis händen den gewaltigen Mord an

## Halle, 27. Juli (Eigener Drahtbericht)

Der hallesche Nazi-Gauleiter Jordan hat dieser Tage in einer Rede in Halle ausgeführt, daß er nach dem 1. Juli seinen parlamentarischen Wahlkampf in Deutschland mehr als je, weshalb die Wahlen für die Nazis ein Erfolg sein. Das die eigene Anführer, die die Wahlen gewinnen werden, die die Wahlen gewinnen werden, die die Wahlen gewinnen werden. Die Wahlen gewinnen werden, die die Wahlen gewinnen werden, die die Wahlen gewinnen werden.

# Reich schreibt wieder Briefe

## Reich schreibt wieder Briefe

Die Nazis haben sich im gegenwärtigen Wahlkampf in der Deutschen Reichswehrminister hat am Dienstag in seiner Rundfunkrede erklärt: „Ich bin der Meinung, daß das Vorhandensein einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht allein schon genügen muß, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.“

der Schlachtfelder gefördert. Allein durch die Tatsache, daß die Hungernotverordnung der Papen-Regierung ohne Hitler nicht möglich gewesen wären, wird der Brief des Herrn Kerrl genügend charakterisiert. Auf der einen Seite hat die Hitler-Partei neuen Hunger über das Volk gebracht, auf der anderen Seite tut sie so als ob sie den Hunger von den Armen abwenden will. Sie tut so, weil es nichts kostet; denn daß die Regierung der Nazi-Barone die preussische Notverordnung nicht aufheben wird, weiß niemand besser als Herr Kerrl.

Die Sozialdemokratie und das Zentrum haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die preussische Notverordnung nur unter Druck der Reichsregierung erlassen wurde. Weil der Reichstangler von Papen die Zahlung von 100 Millionen, auf die Preußen ein gesetzliches Anrecht hat, verweigerte, sah Preußen sich zu der Notverordnung gezwungen. Seitdem haben sich die Voraussetzungen geändert. In der Hand des Reichstanglers von Papen liegt es, einen Ausgleich des preussischen Etats ohne die Maßnahmen der Notverordnung herzustellen.

Hebrigen hat Nazi-Kerrl noch einen Brief an von Papen geschickt, in dem sich Nazi-Kerrl als Interpret der Reichsverfassung aufspielt und erklärt, daß die preussische Regierung rechtmäßig abgesetzt worden sei. Nach dieser Brief kennzeichnet wieder einmal die enge Verbundenheit zwischen der Nazi-Partei und der Papen-Regierung.

# Aufgeregte Nisteriker!

Chemnitz, 27. Juli. (Eig. Drahtber.) Ein Kabinettstückchen hat sich der Chemnitzer Oberbürgermeister Arfart geleistet. Er veröffentlicht einen Aufruf, in dem er zur Bildung eines bewaffneten Selbstschutzes auffordert. Zur Begründung wird folgendes angeführt:

„Das Polizeipräsidentium hat mitgeteilt, bei stärkeren, unter Umständen auch auf dem platten Lande, vielleicht gleichzeitigen an vielen Stellen auftretenden Unruhen könne die staatliche Polizei in Anspruch genommen sein, daß sie nicht gleichzeitig in der Lage sei, für wichtige städtische Dienstgebäude, Werke usw. den notwendigen polizeilichen Schutz zu stellen. Es soll daher ein städtischer Selbstschutz aufgestellt werden, der nur für diesen äußersten Notfall tätig werden und vor allem das unbefugte, wilde Eindringen in die Gebäude so lange verhindern soll, bis es gelang, polizeilichen Schutz zu bekommen. Dieser einrichtende Selbstschutz soll mindestens zu einem Teil mit Schusswaffen (Pistolen) und der dazu gehörigen Munition ausgerüstet werden. Die entsprechende Ausbildung mit der Waffe übernimmt die staatliche Polizei. Andererseits wird auch eine größere Anzahl von Leuten ohne Waffen als eventuelle Reserve“ und nur zur Einrichtung eines gewissen Wach- und Sicherheitsdienstes benötigt. Näheres über Einrichtung und Durchführung des Selbstschutzes wird noch bekanntgegeben.“

Dieser Aufruf klebt seit Mittwoch in allen Chemnitzer städtischen Werken als Aushang. Selbstverständlich hat dieser Aufruf ungeheures Aufsehen erregt. Die städtische Regierung erklärt, daß sie mit der Sache nichts zu tun haben wolle. Es handle sich bei diesem geplanten Selbstschutz um eine von der Regierung weder veranlaßt, noch gebilligte Maßnahme. Sie sei offenbar auf eine zum Teil irrtümliche Auslegung einer internen Denkanweisung an die Kreisbauverwalter und Polizeipräsidenten zurückzuführen. In dieser Dienstweisung werde allerdings die Einrichtung eines Selbstschutzes für gewisse Anlagen und Betriebe behandelt. Von städtischen Einrichtungen seien lediglich die technischen Werke genannt. Selbstverständlich sei die Polizei nicht nur gewillt, sondern durchaus auch in der Lage, die Rathäuser und anderen städtischen Dienstgebäude jederzeit zu schützen.

# Das neue „Ordnungs“-Preußen

## Die täglichen Gewalttaten der Nazis

### Stettin, 28. Juli. (Eigener Funthericht.)

In einem Kabinettstückchen in Berlin-Brandenburg hat es in einer sozialdemokratischen Versammlung zu einem heftigen Auseinanderstreiten zwischen den SA-Männern gekommen. Der Reichsleiter, Reichsanwalt Dr. Behr, Stettin, erklärte im Verlauf seiner Ausführungen, daß Hitler von einem deutschen Gericht rechtskräftig verurteilt worden sei. Ein SA-Mann, er habe sich daraufhin und erklärte die Justizbehörde dieser Bemerkung. Der Reichsleiter habe sich jedoch geirrt. Die Justizbehörde erkläre nicht, daß Hitler ein Verbrecher sei, sondern daß die Verurteilung nicht durch die Justizbehörde, sondern durch die Reichsregierung erfolgt sei. Die Verurteilung sei durch die Reichsregierung erfolgt. Die Verurteilung sei durch die Reichsregierung erfolgt. Die Verurteilung sei durch die Reichsregierung erfolgt.

# Heraus zum Endkampf!

## Letzte große Wahlkundgebung Freitag 20 Uhr in der Jahrhunderthalle

Es werden sprechen:

**Breitscheid** der Vorsitz. der SPD.-Reichstagsfraktion  
**Lüdemann** der von Papen abgesetzte Oberpräsident

### Arbeiter-Sport

#### Achtung, Sportler!

Morgen, Freitag, 19.30 Uhr, Antreten in Sportkleidung mit Fahnen im Vorraum der Jahrhunderthalle. Wir bilden diesmal die Spitze, deshalb pünktlich.

#### Arbeiter-Sportklub Breslau e. V.

Das Kartellbüro ist am Sonntag geschlossen. Die Berichtserstattung fällt aus.

#### Gesellschaftsspiele am 28. Juli

18,00 Uhr: 1928 III — Sertnoritz III, Goldschmieden, 41.  
18,30 Uhr: Kawallen IV — Kranz Lomb., Kawallen, 25.

#### Am 30. Juli:

17,30 Uhr: FSB I — West I, Bebelpark, 12.  
18,00 Uhr: 1928 I — Rojenthal I — Goldschmieden, 110.  
18,00 Uhr: Kawallen I — Askania I, Kawallen, 145.  
18,00 Uhr: Rapid I — Sil.-Riders I, Sabelsdweg, 201.  
16,30 Uhr: Kawallen II — Askania II, Kawallen, 151.  
16,30 Uhr: 1928 II — Rojenthal II, Goldschmieden, Bertha.  
16,00 Uhr: FSB II — West II, Bebelpark, Bertha.  
16,00 Uhr: Sil.-Rid. III — Wratistlamia III, Dakt.-Bog. Kawall.  
18,00 Uhr: Stern 1. Zab. — Vorwärts 1. Zab., Gräbchen, West.

#### Fußball

NSR. Rotweiß 1930, 29. Juli, 20 Uhr, Vollversammlung bei Kaps.

NSR. Bratislawia, 28. Juli, 20 Uhr, Halbjahresversammlung bei Berghauer.

NSR. Südost, 29. Juli, 20 Uhr, Monatsversammlung Turnhalle. Um 6 Uhr Vorstandssitzung.

SV. Stern, Freitag, 29. Juli, fällt die Versammlung aus. Alle Mitglieder haben beim Aufmarsch der Eisernen Front am Freitag in der Jahrhunderthalle in Sportkleidung zu erscheinen. Treffpunkt 18,30 Uhr im Vereinslokal mit Kab.

Bezirksvorstand Fußballsparte, 31. Juli besteht für die gesamte Sparte Spielverbot.

Achtung! Vereinsvorsitzende der Fußballsparte, Donnerstag, den 28. Juli, 19 Uhr, im Bezirkslokal Ausgabe der Vorberufungsarten für das Länderspiel Deutsch-

land — Norwegen. Gleichzeitig Ausgabe der Spielferie 1932 (2. Runde). Sämtliche Vereinsvertreter müssen anwesend sein.

Bezirkskassierer. Vereine Bezirksrechnung bis 6. August bezahlen, Vereine Koberwitz, Hundsfeld, W.F.R., Wastelwitz, Bernstadt und Alt-Bergel Fahrtenzuschüsse von den Werbespielen bis 6. August bezahlen.

#### Handball-Notizen.

Bezirksspielausschuss Handball. Die Vereine Fichte-Machern und Freie Schwimmer haben bis zur Begleichung ihrer Strafe Spielverbot.

Handballauschuss. Meldeschluss der diesjährigen Handballserie ist auf den 15. August gelegt. Mannschafts-Meldungen zur Serie im Bezirkslokal.

#### Freie Turnerschaft Breslau

4. Männer-Abteilung. Alle Genossen, die sich am Freitag an der Breitweil-Kundgebung beteiligen, treffen sich um 18 Uhr am Dleg-Tank.

#### Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Breslau. Die Hüttensektion tritt besonderer Umstände halber erst 2. August, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus zusammen. Sonnabend Volkstanzkreis in der Turnhalle, Rojenthalstr. 2.

#### Wasserstand

	28.7	27.7		28.7	27.7
Kattbör	1.05	1.11	Kamern (Unter-Pegel)	1.92	1.90
Reiße (Stadt)	-0.57	-0.57	Dobbenfurth	1.21	1.19
Reihemünd (Unt.-Pegel)	1.72	1.70	Abflussmenge (stündlich)	0.74	0.72
Wrieg (Maktenkan)	2.08	1.88	Nüchternberg vom 27.7.	0.91	
Tzelschen	0.98	1.04	Wasserwärme + 21,9		

#### Geschäftliches

Sonnabend, den 20. Juli, am Tage vor der Wahl, ist der Verkauf von Spirituosen verboten. Die Firma W. Herzberg & Co. bittet deshalb ihre werbe Kundenschaft, ihren Bedarf bereits am Freitag, dem 20. Juli, einzudecken. Der Verkauf von Wein ist unumschränkt gestattet.

Die roten Fahnen mit drei weißen Pfeilen sind in der Buchhandlung, Flurstraße 4, zu haben. Preis 60 Pf. Die drei Pfeile sind aufgenäht, daher besonders dauerhaft, und nicht abfärbend.

## Letzte Nachrichten Schweres Eisenbahnunglück bei Gesundbrunnen

Der Personenzug 208, Stralsund—Berlin, der um 17,19 Uhr in Berlin eintreffen soll, stieß gestern bei der Einfahrt in den Bahnhof Gesundbrunnen mit einer Lokomotive zusammen. Die Lokomotive und mehrere Wagen entgleisten und stürzten um. Die Berliner Feuerwehr und ein Hilfszug der Reichsbahn vom Stettiner Bahnhof nahmen sofort die Rettungsarbeiten auf.

Die Eisenbahnkatastrophe stellt sich als äußerst ernst heraus. Infolge des wuchtigen Zusammenpralls wurden vier Waggons des Personenzuges aus den Gleisen gehoben und zum Teil ineinandergeschoben, um dann umzufallen. Die Unglücksstelle bot unmittelbar darauf ein Bild der Verwüstung. Aus den Personenzugwagen lösten sich die verletzten Passagiere, die sich aus den Waggons nicht befreien konnten. Insgesamt konnten etwa 30 Verletzte und Schwerverletzte sowie zwei Tote geborgen werden. Die sofort alarmierten Feuerwehren, große Bereitschaften der Schutzpolizei und Sanitätsmannschaften wurden sofort an die Unfallstelle geführt, die im übrigen in großem Umfang abgeperrt wurde. Man ist dabei, mit Schweißapparaten die noch in den Waggons eingeschlossenen Passagiere zu befreien. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß sich die Zahl der Verletzten und auch die der Toten noch wesentlich erhöht.

Nach den letzten Zeitstellungen der Reichsbahndirektion Berlin befanden sich gegen Mitternacht noch 13 Verletzte in den Krankenhäusern, die anderen konnten inzwischen nach Anlegung von Verbänden entlassen werden. Die Aufräumungsarbeiten sind soweit fortgeschritten, daß ein Gleis von den Trümmern ganz befreit daliegt. Die Gleisanlage wird jedoch erneuert werden müssen, da der Unterbau durch das Unglück stark gelitten hat.

#### Konzerte / Theater / Veranstaltungen

Die Eintrittspreise des Zirkus Strassburger sind in der heutigen Zeit eine gewiß sehr seltene Erscheinung. Wenn man bedenkt, daß dieses Kleinunternehmen, welches das beste von allen zirkusmäßigen Unternehmen bietet, mit vielen tauchend Markt Tagesausfällen operiert, kann man die der Gelbes in allen Besichtigungsmöglichkeiten angebotenen billigen Eintrittspreise Strassburgs von 50 Pf. bis 2,50 RM. nicht hoch genug anerkennen. In allen Nachmittagsvorstellungen ermöglichen sich übrigens diese Preise auf 10 Pf. bis 1,50 RM. für Erwachsene und Kinder, so daß sicher auch der Kinderbesuch für wenige einige freie Stunden im Zirkus Strassburger verbringen kann. Ein Qualitätsunternehmen wie Strassburger kann natürlich keinen Preisrückgang vornehmen, um seine Ankünfte zu verringern, denn dadurch würde ja wieder das künstlerische Niveau leiden. Dafür rechnet Strassburger mit Massenbesuch aus allen Richtungen und der ist diesem vorbildlichen Zirkus auch voll und ganz zu wünschen. Zu bemerken ist weiter noch, daß Strassburger allen Kleinrentnern, Kriegsschädigten und Erwerbslosen bei Vorlegung des Ausweises auf allen Sitzplätzen zu allen Abendvorstellungen nur halbe Preise berechnet, gewiß eine sehr anerkennenswerte Entgegenkommen dieses Unternehmens, für das neben der besten Empfehlung auch an alle der Ruf ergeht: „Auf zum Zirkus Strassburger. Ihr werdet nicht enttäuscht sein.“

Schlesische Philharmonie. Das nächste Südpark-Konzert der Schlesischen Philharmonie findet am Mittwoch, dem 3. August, unter Leitung von Konrad Meißner Hermann Wehr statt. Anfang 20 Uhr. Es gelangen u. a. folgende Werke zum Vortrag: Ouvertüre zu „Carpentier“ von Weber; Deutsche Tänze von Beethoven; Sinfonie in F-dur von Schubert. Einzelkarten zu 50 Pf. sowie Sitzplätze (übertragbar) zu 2,50 RM. sind an der Abendkasse und in der Geschäftsstelle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater) erhältlich. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt.

#### Antiklerikal Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Hinter der Wetterfront 37 B, die am Dienstag Deutschland überantrieb, sind kühlere maritim-subpolare Luftmassen eingebrungen. In ihrem Bereich herrscht in ganz Mitteleuropa wolfiges Wetter. Vereinzelt kommt es noch zu Niederschlägen, die meist in Form von Gewitterstürmen auftreten.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:  
Bei südwestlichem Winde wechselnd bewölkt, weiterhin Gewittergefahr, etwas kühler.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:  
Aufsteigender Südwest, meist neblig-wolfig, Regen und Gewittergefahr, kühl.

Sonnenaufgang: 4,13 Uhr — Sonnenuntergang: 19,50 Uhr

### Familien-Anzeigen

Am Dienstag, dem 26. Juli 1932, verstarb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, unsere liebe Genossin

#### Christiane Mücke

im Alter von 74 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Ortsverein Groß Breslau  
Beerdigung Freitag, 29. Juli, nachmittags 4,30 Uhr, von der Leichenhalle des Rosenhals-Kommunal-Friedhofes, Tranerhaus, Trachenberger Str. 91, Distrikt 52.  
Gleichzeitig betrauern den Verlust ihrer lieben Mutter und Großmutter  
Die trauernden Kinder und Enkelkinder.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

#### „Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

#### Möbel-Gelegenheitskauf

Gehr. poliertes Schlafzimmer, modern und sehr gut erhalten. Einzelne Bücherschränke, eich. Zweig- und Nachh. Vierzugsisch, Waschkommode, Finanzkassette, einzelne Stühle, Ecksofa, Sofas, Nachtschale, alles gebraucht, sofort spottbillig zu verkaufen

**S. Brandt & Co.**  
Gzlasstraße 65, I. (neben Capitol)

Am 26. Juli 1932 entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine inniggeliebte Gattin, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

#### Frau Auguste Jex

geb. Sofka

im 54. Lebensjahre.

Breslau-Schmiedefeld

In tiefstem Schmerz

Namens aller Angehörigen

#### August Jex nebst Kindern

Die Beerdigung findet Freitag, den 29. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

6335

Zurückgekehrt  
**Dr. Gluskinos**  
Telegraphenstr. 3

#### Fahrräder

Freizeit ..... 5,50  
Reise-Sattel ..... 2,75  
Tourer-Sattel ..... 2,50  
Schlammstreifen ..... 4,50  
Nadel mit 1.25, Nadel für 0,95  
Schlüssel ..... 0,45  
Lenker englisch ..... 1,45  
Gepäckträger, a. Klapp ..... 1,00  
Machete-Pedalen ..... 1,00  
Vorderrad ..... 0,25  
Richtrohr 6,23, Gabel 0,25  
10 Speichen mit Nipp. 0,25

**Reimann**  
Sadowitzstraße 17

**Stirn Hüpfen**  
Neuer A. Henningsen verf.  
Hilg. Kettelstraße 7 III, 3.

#### Bettfedern

kaufen Vertrauenssache  
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage  
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.  
Kein Laden!

9584

#### Druderei Volkswacht

Modern, zweckmäßig und sauber  
Ausführung aller Drucksachen  
preiswert und bei kürzester Lieferzeit  
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

#### Schutz

kann abgefahren werden.  
Offerten unter V. 120 an die Volkswacht,  
Flurstraße 4, erbeten.

## DER GROSSE STRASSBURGER

BRESLAU, PLATZ AN DER JAHRHUNDERTHALLE - TELEFON 46616

8  
Uhr

#### Heute Donnerstag abend Gala-Premiere

mit einem Rekordspielplan, über d. das Hamburg. Fremdenblatt wie folgt urteilt: „Niemand versäume, sich den Circus Strassburger anzusehen, er kann mit bestem Gewissen empfohlen werden, da er Leistungen zeigt, die auf der ganz. Welt nicht übertröffen werden können“

Nur kurze  
Zeit!

Abend-Vorstellungen:  
Täglich abends 8 Uhr

Nachmittags-Vorstellungen:  
Täglich nachmittags 3.30 Uhr

3.30 Uhr Nachmittags-Vorstellungen mit ungekürztem Abendspielplan und halben Preisen für Erwachsene und Kinder

BILLETS: Verkaufsbüro Barack am Ring, Tel. 5264 u. ab 10 Uhr vorm. an all. Circusstellen, Tel. 46616. Kriegsschädigte, Kleinrentner u. Erwerbslose zahl. gegen Anzeig. zu allen Abendvorstellungen auf allen Sitzplätzen nur halbe Preise

Raublörchen und Pferdeausstellung geöffnet täglich von 10 Uhr vormittags bis 2.30 Uhr nachmittags. Vormittags Promenaden-Konzert

1030

neue Parteimitglieder in 4 Wochen  
a lein in Breslau

Wir aber werben weiter!

Hast du schon ein neues Mitglied,  
einen neuen eser der Partei-  
zeitung geworden?

Wie diskutieren!

Wohlfahrtsanstalt für bankrotte Junker  
und Wirtschaftsführer

Der Staat hat die verfallende kapitalistische Wirtschaft in  
allerweitestem Umfange stützen müssen und für große private  
Wirtschaftsgruppen riesige Zuschüsse und sonstige Hilfsleistungen  
aufgewendet, um einen noch schlimmeren Zusammenbruch zu ver-  
hindern. Die einflussreichsten Wirtschaftsgruppen haben sich aber  
auch entgegen den volkswirtschaftlichen Interessen in größtem  
Umfange staatliche Sonderzuwendungen verschafft. Sie betrachten  
den Gewinn als Privatfache, büden die selbstverschuldeten Ver-  
luste der Allgemeinheit auf und lassen sich Nachsicht, Beistand  
und ihren Aufwand vom Staat garantieren.

Die Zuwendungen an die ostelbischen Junker

- 1. Die Generalsubvention für die Landwirtschaft — die hohen  
Getreidepreise — kommen in erster Reihe der ostelbischen  
Landwirtschaft und innerhalb dieser den 11 000 ostelbischen  
Großgrundbesitzern zugute.
- 2. Von den 500 Millionen öffentlichen Zuschüssen und Kredi-  
ten, die die Ostgebiete seit 1925 empfangen, erhalten die  
Großgrundbesitzer den Hauptteil.
- 3. 700 Millionen öffentliche Bürgschaften für Umschuldungs-  
darlehen, größtenteils auf den Großgrundbesitz.
- 4. 60 Millionen Sondersubventionen („Branntwein-Viebes-  
gaben“) für 2000 ostelbische Großbetriebe mit Schnaps-  
brennereien durch den Spritheimischungszwang für Treib-  
stoff und Petroleum.

3000 Großbetriebe haben sich unter das Sicherungsverfahren  
gestülpt. Die Gläubiger — darunter viele kleine Existenzen —  
erleiden unabweisbare Verluste.  
Diese einzigartigen Opfer der Allgemeinheit sind zum großen  
Teil nutzlos gebracht. Ein Teil der Güter — zwei Millionen  
Morgen — sind selbst nach Ansicht der Landhofsührer Schiele  
und Schlange-Schönungen völlig heruntergewirtschaftet, absolut  
lebensunfähig und sollten beseitigt werden. Die bankrotten  
Junker haben eine Revolte gegen den „Agrarholzwissenschaft“ in-  
szeniert und die Regierung Brüning zu Fall gebracht.  
Die Nazisregierung soll ihnen auf Kosten der Städte und  
der Bauern ihren Besitz weiter erhalten und auf Lebenszeit  
Staatspensionen zahlen.

Die Subventionen an die Großindustrie

- 1. Die Tribute an die Schwerindustrie.  
150 Millionen Mark im Jahr beträgt die Eisensteuer, mit  
der die Schwerindustrie durch gewaltige Preisüberhöhung die  
Inlandswirtschaft belastet.
- 25 Millionen Sondersubventionen erhält der Bergbau durch  
die Befreiung von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.
- Weitere Subventionen:  
10 Millionen Zuschüsse seit 1925 für die Erzgruben.  
40 Millionen Steuervergünstigungen im Jahr für die  
Benzolgewinnung der Kuhlkonzerne u. a. u.
- Sondersubventionen an die einzelnen schwerindustriellen  
Konzerne:  
Etwa 100 Millionen öffentliche Kredite und Garantien an  
Ballkeim, Blech, Hohenlohe, Köchling, Mannesmann.  
Für Verpflichtungen des Stahlwerks bzw. seines Beherrschers  
Fild mußte das Reich mit großen öffentlichen Aufwendungen ein-  
springen.
- 2. Metallbergbau:  
Wansfeld, Wechemisch (bisher 20 Millionen); ferner für  
Giesche und Stolberger Zint. 12 bis 15 Millionen zinslose Dar-  
lehen auf drei Jahre vorgesehen.
- 3. Großzuckererzeugung.  
90 Millionen Mark Kredite und Zuschüsse erhielten die  
Großzuckererzeuger (Sapag und Lloyd) anlässlich ihrer Sanierung,  
nachdem sie in den vergangenen Jahren bereits 18 Millionen  
Zuschüsse erhalten hatten.
- 4. Fahrzeugindustrie.  
Etwa 100 Millionen Mark an Sanierungsmitteln und Sub-  
ventionen erhielt die Fahrzeugindustrie von der öffentlichen Hand  
(Werken, Waggon-, Automobil-, Traktoren und Flugzeug-  
fabriken).

Das ist die Bilanz der kapitalistischen Wirtschaftsführung.  
Trotz dieser gewaltigen Opfer der Allgemeinheit ist dem Staat  
bei den von ihm sanktionierten Großunternehmern zumeist gar kein oder  
nur ein völlig unzulänglicher Einfluß eingeräumt worden.  
Die Sozialdemokratie kämpft gegen dieses unerlöse und  
kontrollose Subventionsystem, gegen die Wohlfahrtsanstalt für  
ausgehende Großunternehmer. Sie verlangt, daß überall dort, wo  
der Staat die Verluste tragen muß, er auch den maßgebenden Ein-  
fluß auf die Wirtschaftsführung erhält. Die großkapitalistische  
Wirtschaftsherrschaft muß durch staatliche Wirtschaftskontrolle und  
Ueberführung der Schlüsselindustrien in Gemeinbesitz gebrochen  
werden.

Nazifahren so billig wie Motorordnungsjeden  
Nämlich umsonst!

Ihr wundert euch, warum da und dort die Patenkreuzfahrern  
zu den Fenstern heraushängen. Nun das ist so verwunderlich  
nicht. Denn was trotz Renten- und Gehaltsabbau noch auf  
Hitler hofft, bekommt eine Patenkreuzfahrerne umsonst von den  
Obernazis.  
Und wo es nichts kostet, sind die Nazis doch immer dabei.  
Mühten sie die Wahlkreislame für Adolf Schüdelgruber selber  
bezahlen, dann würden sie selbstverständlich keinen Finger rühren.  
Das wissen die Nazibonzen sehr gut, denn sie kennen doch ihre  
Leute! Und außerdem: Die Nazibonzen zahlen ja nicht aus  
eigener Tasche. Das überlassen sie den Kapitalisten, deren  
Knechte sie sind.

Millionenprozeß vor dem Arbeitsgericht

100 000 Mark Jahreseinkommen für einen Güterdirektor

Eine Gelegenheit des Einblids in geradezu skandalöse  
Methoden kapitalistischer Wirtschaft, gab kürzlich eine Klage  
vor dem Arbeitsgericht, die der Generaldirektor (!?) Schröder  
gegen seinen Arbeitgeber, den Grafen von Praschma, auf  
Zahlung von 100 000 Mark angebracht hatte. Arbeitnehmer wie  
Arbeitgeber sind uns keine unbekanntenen Persönlichkeiten;  
Schröder war früher Direktor der Oesterreichischen Kruppwerke und  
später langjähriger Güterdirektor der Stadt Berlin. Graf Praschma  
dagegen ist oberösterreichisches Mitglied des Reichsrates und — Auf-  
sichtsratsmitglied der Diskonto-Bank. Außerdem nennt Herr  
Praschma die Kleinigkeit von 60 000 Morgen oberösterreichisches Land  
in der Umgebung von Falkenberg und Tilkowitz sein eigen.

Bei einem Grundbesitz von diesem Umfange pflegt man als  
Besitzer seine ständige Wohnung in Berlin zu haben und sich nicht  
persönlich um die vielen Dörfer und Schäferei der Herrschaft in Falken-  
berg, die allein 19 Güter umfaßt, oder Tilkowitz zu kümmern.  
Praschma stellte daher im Jahre 1924 den besagten Herrn Schröder  
als Generaldirektor für seine Güter ein und es wurde ein Jahres-  
gehalt von 12 000 Mark (!) vereinbart sowie ein zehnjähriger  
Arbeitsvertrag geschlossen. Außerdem wurde Herrn Schröder noch  
eine Lantieme zugebilligt, deren Höhe sich nach den Reini-  
erträgen richtete. Der Größe der Güter entsprechend, erreichte  
diese Lantieme — hört man die Herren von Nar und Halm,  
sonst leben sie ausschließlich von der Substanz — eine Höhe von  
mehreren Zehntausend von Mark. Nun glaubt der schlichte Erden-  
bürger vielleicht, daß ein Mensch mit soviel Geld sein Auskommen  
finden und vielleicht sogar etwas für die Zukunft zurücklegen  
könnte. Beim Generaldirektor liegen die Dinge anders; Herr  
Schröder war daher von Praschma zugebilligt worden, daß ihm,  
falls Falkenberg vor Ablauf des zehnjährigen Vertrages in  
andere Hände übergehen sollte, eine Abfindung von 100 000 Mark  
erhalte. Eine gleiche Vereinbarung galt auch für Tilkowitz; nur  
sollte dort Herr Schröder gar 150 000 Mark erhalten.

Natürlich hat Schröder, dessen Einkommen man jährlich auf  
etwa 100 000 Mark schätzen kann, nicht der einzige Direktor auf  
den Praschmaschen Besitzungen. Eine Anzahl von Direktoren  
unterstand ihm; auch sein Sohn Hubert war als Direktor dort  
untergebracht worden, soll aber statt die Bücher in Ordnung zu  
halten, mit Schröder zu Lasten des Herrn von Praschma  
„Studienreisen“ nach Ostpreußen, Pommern, Friesland usw.  
unternommen haben, wofür jedesmal „nur“ rund 2000 Mark ge-  
braucht wurden. Wahrscheinlich hat es Herr Schröder seinem  
Sohn Hubert auch zu verdanken, daß er jetzt auf das Betreiben  
vieler Gläubiger hin, fristlos entlassen wurde. So hatte Hubert  
Schröder im Jahre 1929/30 9875 Mark mehr aus der Wittidgits-  
kasse genommen, als ihm vertraglich zustand. Beim Rentamt soll  
Hubert sein Konto um die Kleinigkeit von 33 578 Mark über-  
zogen haben. Auf alle diese Vorkürze, die die Rechtsanwalts-  
Büchardts, der Vertreter Praschmas, dem Kläger zur Last legte,  
hatte Papa Schröder nur die freundliche Antwort bei der Hand:  
„Hubert hat veräußert, über seine Ausgaben Rechnung zu legen,  
weil er keine Zeit dazu hatte.“

Zu einem dramatischen Zwischenfall kam es noch, als der  
Vertreter des Beklagten auf die vornehmen Mäuren des jüngsten  
Sohnes des Herrn Schröder hinweisen wollte, die schließlich mit  
dem Selbstmord dieses Sohnes endeten. Herr Schröder unterbrach  
nun den Vertreter Praschmas andauernd mit: „Wie gemein!  
und Biui!“ Sonst gab er aber im großen ganzen zu, daß die  
Buchführung unrichtig geführt wurde und verhielt sich der Ver-  
antwortung zu entledigen, „da er sich doch auch nicht um alles  
kümmern könne.“

Da die diversen Güter des Herrn Praschma jetzt unter  
Zwangsverwaltung stehen, fordert Herr Schröder nun auch die  
vertraglich festgesetzten Entschädigungen in Höhe von 250 000 Mt.,  
außerdem Nachzahlung von 90 000 Mark Lantieme und Weiter-  
zahlung seines Gehaltes, so daß seine Ansprüche etwa 400 000 Mt.  
ausmachen. Dieser Betrag ist aber noch verschwindend klein  
gegen die Schadensersatzansprüche, die Herr Praschma seinerseits  
an Schröder stellt. Er verlangt nämlich aus vorläufig noch nicht  
ganz durchsichtigen Gründen Zahlung von rund einer Million und  
200 000 Mark.

Da auch der vierten Kammer des Arbeitsgerichtes, unter  
Vorjahr von Amtsgerichtsrat Biermann völlig unmöglich war, durch  
den Mißbrauch von Beiträgen und Abmachungen, der hier im Laufe  
der Verhandlung zutage trat, hindurchzugehen, erging ein Be-  
weisbescheid, daß zahlreiche auswärtige Zeugen, Bankdirektoren,  
Gutsbesitzer, Sachverständige usw. nach Breslau zur weiteren Auf-  
klärung geladen werden.

Trudel soll nicht Motorrad fahren

Um zu recht billigen Arbeitskräften zu kommen, stellen  
manche Arbeitgeber mit Vorliebe Lehrlinge oder Volontäre ein,  
die dann meist nach Ablauf des Lehrvertrages oder der  
Volontärperiode wieder auf die Straße gesetzt werden. Wie  
hunderttausendmal niedrig aber auch heute die Löhne sind, die den  
Lernanfänger geboten werden, konnte man einer Verhandlung  
vor der 6. Kammer des Arbeitsgerichtes entnehmen.

Herr J. hatte für seine Tochter Trudel mit der Schneiderin  
Schw. einen einjährigen Volontärvertrag abgeschlossen, nach dem  
Trudel für das erste Vierteljahr 1 Mark pro Woche, für die  
weiteren Quartale je immer 1 Mark mehr gezahlt werden sollten.  
Leider kam Fräulein J. niemals in den Genuß dieser fürstlichen  
Zulagen, da die Schneiderin es für billiger hielt, ihr auch weiter-  
hin nur 1 Mark pro Woche zu geben. Als Frau Schw. nun einmal  
keine Beschäftigung für die Volontärin hatte und sie nach Hause  
schickte, sah die Vater dies als Entlassung auf und klagte jetzt  
nunmehr auf Nachzahlung der Lohn Differenz in Höhe von 40 Mt.  
Diese Forderung konnte ihm aber nicht zugesprochen werden, da  
er sich brieflich unbedachterweise mit der Minderbezahlung ein-  
verstanden erklärt hatte. Da der Vertrag sowieso schon am  
20. Oktober 1932 abgelaufen wäre, schlug der Vorsitzende vor, die  
Klägerin bis zu diesem Tage weiter zu beschäftigen. Frau Schw.  
knüpfte aber an diesen Vorschlag die Bedingungen, „daß zunächst  
Trudel den Verehrer, der immer mit ihr Motorrad fahre, sein  
lasse, daß sie sich ferner verpflichte, keinen Stoff mehr zu ver-  
schneiden und mit dem Vater keine Löhne mehr zu brennen“. Diese  
Bedingungen waren aber für Trudel, die übrigens mit  
ihrem ganzen Familienanhang erschienen war, anscheinend un-  
annehmbar. Daher kam auch über den wohlgemeinten Vorschlag  
des Vorsitzenden keine Einigung zustande. Nach langen Verhand-  
lungen, an denen sich sämtliche Angehörige der Klägerin ab-  
wechselnd und recht ausgiebig beteiligten, wurde ein Vergleich  
abgeschlossen, nach dem die Schneiderin sich verpflichtete, nach  
10 Mark als Abfindung für das frühzeitig aufgelöste Volontär-  
verhältnis zu zahlen.  
Trudel kann also weiter Motorrad fahren ...

Verfälschte Hüte

Die Arbeitsgerichtsverfahren unterscheiden sich von den  
übrigen Zivilprozessen durch die Kürze des Verfahrens. Meist  
selten kommt es vor, daß ein Prozeß, wie im vorliegenden Falle  
neun Monate das Arbeitsgericht beschäftigt.

Die Hutfirma Schönfeld & Co. (nicht zu verwechseln mit  
„Gut-Schönfeld“) entfiel am 31. Juli 1931 die beiden Ver-  
käuferrinnen S. und B. wegen Arbeitsmangel. Da diese falsch ein-  
gruppiert waren, forderten sie, sich auf ein Gutachten des Tat-  
schiedsantes stützend, die Nachzahlung von Gehaltsdifferenzen in  
Höhe von 1431 Mark und 1897 Mark. Herr Lewysohn, der  
Inhaber der Firma Schönfeld & Co., stellte hierauf prompt die  
schärfsten Gegenforderungen für angebliche Sachbeschädigungen  
auf, für die er die Klägerinnen verantwortlich machte. Da  
sollten die Klägerinnen 158 Hüte, 150 Mützen und 585 diverse  
Kopfbekleidungen in einem feuchten Keller gelagert haben, wo-  
durch sie schimmelig und unbrauchbar wurden. Herr L., der seine  
alten Ladenhüter nicht mehr zu normalen Preisen verkaufen  
konnte, wollte anscheinend den Verlust auf diese bequeme Art auf  
seine Angestellten abwälzen, indem er ausgerechnet 3095 Mark  
als Schadensersatz für die verfälschten Hüte und Mützen ver-  
langte; außerdem forderte dieser tüchtige Kaufmann 219 Mark  
dafür, daß die Klägerin S. einige Male angeblich unerlaubt oder  
zu früh das Geschäft verlassen habe. Sehr böse war er überdies,  
weil Fräulein S. in der ruhigen Geschäftszeit ab und zu einmal  
eine Zeitung oder ein Buch gelesen habe. Daß die Klägerinnen  
aber täglich von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends, ohne Mittags-  
pause Dienst verrichteten und für die gelegentliche dreistündige  
Mehrarbeit pro Tag nicht bezahlt wurden, das fand Herr L.  
ganz selbstverständlich.

Langwierige Beweisaufnahmen und Einholung der ver-  
schiedenen Sachverständigen-Gutachten waren notwendig, um  
den Sachverhalt mit den verfälschten Hüten zu klären. Trotz-  
dem Herr L. die vorgelegten Gutachten aus durchsichtigen  
Gründen mehrmals ablehnte, waren die endgültigen Gutachten  
für den Beklagten vernichtend, da die Sachverständigen feststellten,  
daß die beanstandeten Waren teilweise gar nicht verfälscht  
und beschädigt waren, so weit sie aber Schaden erlitten an dem  
feuchten Lagerraum, für den in erster Linie der Geschäftsinhaber  
und nicht dessen Angestellte verantwortlich sind, Schuld habe.

Im Verlauf der Endverhandlungen kam es mehrfach zu er-  
regten Auseinandersetzungen zwischen Herrn L. und dem Kollegen  
Knecht vom Zentralverband der Angestellten, der die Klägerinnen  
vertrat, wobei Herr Lewysohn dem Kollegen Knecht die Drohung  
zurief: „Mit Ihnen werde ich ja noch fertig!“, wobei er sich  
offenbar darauf bezog, daß bei einem Lokaltermin gegen Knecht,  
der schwerkränklich ist, tätlich vorgegangen war, wahrlich  
kein Heldentat. Schließlich kam aber doch noch eine Einigung  
zustande, nach der sich Herr L. schweren Herzens verpflichtete, an  
die S. 550 Mark und an die B. 750 Mark zu zahlen. Herr  
Lewysohn scheint übrigens trotz seines wahrhaft wenig artigen  
Aussehens Sympathien für die Arbeitgeber-Morgenröte des  
Dritten Reiches zu haben, denn er rief im Laufe der Verhand-  
lungen aus: „So kann es ja nicht weiter gehen, die Zeiten werden  
sich ja ändern!“



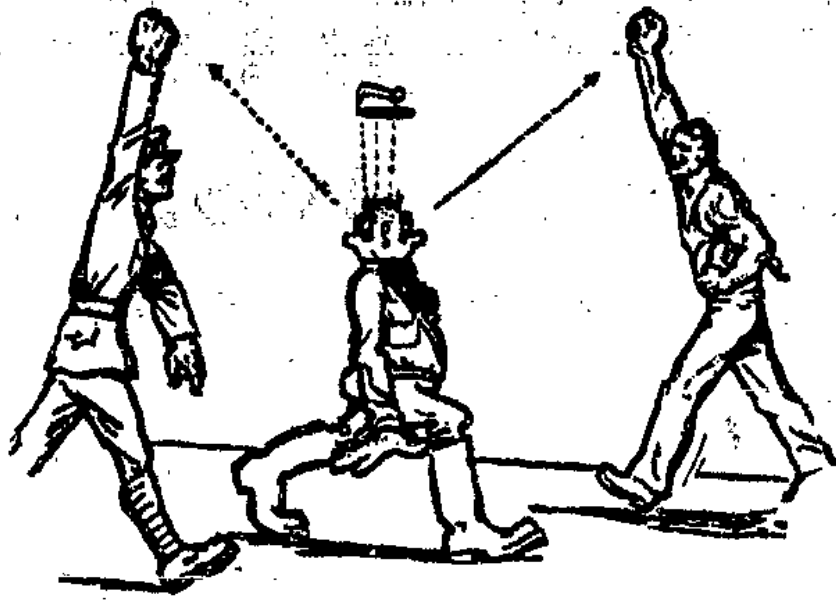
Auf die Geschmacksrichtung des Schlesiens  
besonders abgestimmt, wird

Rarität No. 200

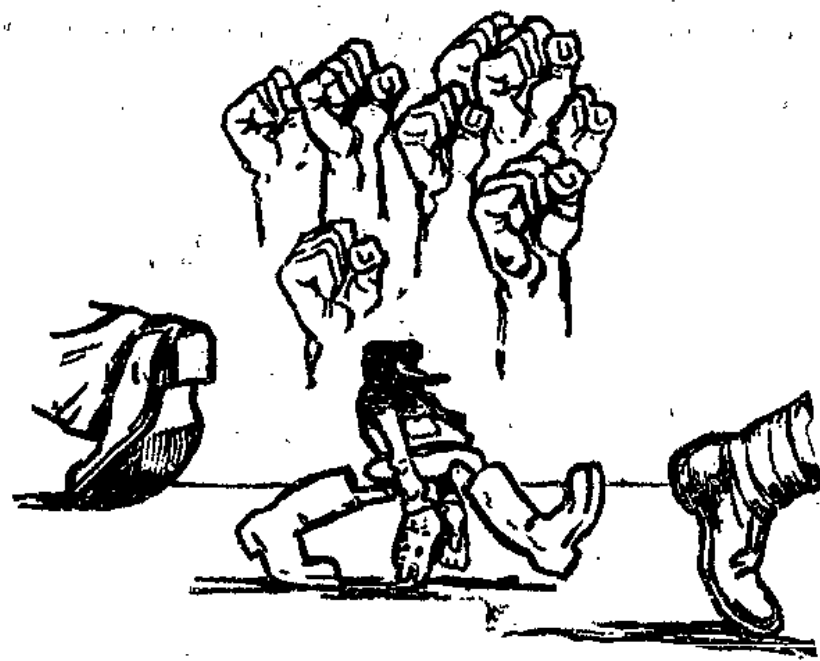
in Qualität und Format von keiner  
anderen Zigarette übertroffen.



SA. marschiert!



Freiheit!



SA. krepier!...

# Die „Waffenfunde“ bei den Kommunisten hier aber greift das Gericht anders durch

Unsere Vermutung, die wir aussprachen, als vor einigen Tagen fünf SA-Banden vor dem Bereitschaftsgericht freigesprochen wurden, obwohl zwei Revolver auf dem Gerichtstisch lagen, die den Bürgern abgenommen worden waren, hat sich wieder einmal bestätigt. Gestern fanden drei Männer mit kommunistischer Gesinnung vor dem gleichen Bereitschaftsgericht. Auf dem Tisch lag ein Revolver, ein fürchterlich altertümliches Gewehr und ein Kavallerie-Füßel, der nach seiner Unbeholfenheit zu beurteilen, sicher aus den Regimentern des alten Blüchers stammte. Viele Waffen waren am Montag im Verlaufe der Hausdurchsuchungen gefunden worden, die die politische Polizei bei einigen der kommunistischen Gesinnung verdächtigen Leuten im Ohlauer Tor vorgenommen hatte.

Der 33-jährige Arbeiter N., Vater von zwei Kindern, gab an, das Gewehr aus dem Felde mitgebracht zu haben. Es habe auseinandergenommen im Keller gelegen. Da er in den letzten Tagen etwas von der Ablieferung gehört hatte, holte er die Karre heraus, setzte sie zusammen und die Polizei kam ihm mit der Hausdurchsuchung zuvor, ehe er die Waffe abliefern konnte. Den Ablieferungsstermin mußte er nicht genau.

Das war nach Meinung des Gerichts alles Schwindel. Amtsanwalt und Richter waren sich sogar einig darüber, daß N. nicht etwa aus Fahrlässigkeit, sondern vorsätzlich die Ablieferung der Waffe umgangen habe. Er wurde wegen Verletzung der Waffenabgabebestimmungen des Regierungspräsidenten und den Waffenabgabebestimmungen des Breslauer Polizeipräsidenten zur Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das gleiche Schicksal ereilte den Bauarbeiter K., der Vater von vier Kindern ist. Bei ihm war die Pistole gefunden worden. Er gab an, die Waffe aus der Oder gefischt zu haben. Das hielten Amtsanwalt und Richter für einen noch größeren Schwindel. Auch die Angabe des Angeklagten, daß er erst einen Tag vor der Hausdurchsuchung von der Ablieferungsverpflichtung gehört habe, wurde für Schwindel gehalten. Der Arbeiter hatte nach Meinung des Gerichts also auch vorsätzlich die Ablieferung unterlassen und wurde deshalb ebenfalls zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verdonnert.

Der Arbeiter Sch., bei dem die Polizei den ollen Schleppfädel zutage gefördert hatte, wurde noch nicht verurteilt. Seine Strafart wurde der Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines ordentlichen Verfahrens überwiesen, da die Ehefrau des Angeklagten andere Angaben bei der Polizei gemacht haben soll wie ihr Mann. Obwohl selbst der Richter der Meinung war, daß das schwere krummhörnige Schlachtmesser zur Verwendung als Waffe viel ungeeigneter sei wie jeder erste beste Hausgegenstand, wird man sicher nicht veräumen, auch diesen Proleten ins Gefängnis zu stecken.

Als die Nazis kürzlich vor dem gleichen Gericht standen, waren zwar die Verordnungen des Regierungs- und Polizeipräsidenten noch nicht in Kraft, aber selbst die Bestimmungen über unerlaubten Waffenbesitz wurden nicht angezogen, um dem Gefindel nur nicht wehe zu tun. Den Nazi-Bürgern, dem am Montagabend im Schießwerder ein Schlagring abgenommen worden ist, hat man auch noch nicht vor das Bereitschaftsgericht gestellt, obwohl seine Aburteilung im Schnellgerichtsverfahren genau so möglich sein dürfte wie die der angeklagten Kommunisten. Was es mit den Hausdurchsuchungen „bei Personen, die der KPD angehören“ auf sich hat, wie es so schön in dem amtlichen Polizeibericht hieß, wurde in der Verhandlung auch klargestellt. Einer der Angeklagten erklärte, schon vor langer Zeit aus der KPD herausgeworfen zu sein, ein anderer erklärte, seit langer Zeit nicht mehr Mitglied zu sein und der dritte gab zu, gerade erst die Mitgliedschaft bei der KPD erworben zu haben.

Da man bei den Hausdurchsuchungen auch einige verbotene Broschüren gefunden hat, ist es wahrscheinlich, daß man die Angeklagten auch noch wegen Hochverrat unter Anklage stellt.

## Immer neue Naziprovolationen

### Ueberfälle in Bischofswalde und an der Heinessteine in der Bohrauer Straße

In der freigewerkschaftlichen Neuland-Siedlung in Bischofswalde provozierten gestern nachmittags eine Bande bewaffneter Naziproleten die Anwohnerschaft der im Fahrenschlund prangenden Brunnstraße. Obwohl den Bürgern bekannt ist, daß sie sich in dieser Straße jede Propaganda erkaufen können, erschienen sie auch gestern wieder mit Flugblättern und griffen sofort einige Arbeiter lässlich an, die ihnen sagten, daß ihre Tätigkeit überflüssig sei. Da die Nazis sofort zu Steinen griffen, die auf der noch nicht fertiggestellten Straße herumlagen, wußten sich die Angegriffenen zur Wehr setzen. Ein Reichsbannerkamerad erhielt einen Steinwurf auf den Kopf und erlitt eine blutende Wunde, die ein Arzt dreimal Nummern wusch. Ein der SA-zugehöriger Arbeiter wurde durch einen Messerstich in den Hals verletzt. Die Halbtrotzkisten, die zum Teil mit Revolvern bewaffnet waren, ergriffen, ehe das alarmierte Ueberfallkommando eintraf, die Flucht, doch konnten drei der Bürgern noch festgenommen werden.

Auch in den Abendstunden, gegen 22 Uhr, überfiel eine SA-Mann hatte Nazihorde sechs unserer Parteigenossen, als diese an dem Lokal von Beder an der Ecke Bohrauer/Rohrbach, vorbeizogen. Die Bande hielt sich in dem Lokal auf, in dem vor einigen Tagen schon von Heines und dem Polizeileutnant Liskanz ein Streich

provokiert wurde. Auf ein Signal stürzte die Bande aus dem Lokal heraus, kirmte hinter unseren Genossen her, die schon mehrere Hausdurchsuchungen auf unsere Genossen, die sich im Rinnstein wählten, eingeschlagen. Einer unserer Genossen wurde durch Schläge mit einem Schlagring ins Gesicht verletzt. Einige der Verbrecher sind erkannt worden und eine Streife der Polizei konnte auch gegen Mitternacht einen der Hauptbeteiligten in der Fichtenstraße festnehmen, wo das Gefindel sich Polizeifunktionen annahm und Passanten terrorisierte.

Wie aus dem amtlichen Polizeibericht zu entnehmen ist, erfolgte im Anschluß an den Ueberfall eine Durchsuchung des Lokals in der Bohrauer Straße Nr. 21, das in der Nähe des Latorics gelegen ist. Damit ist offenbar das Bekerkische Lokal gemeint. Hier fand die Polizei unter einer Bank einen scharf geladenen Trommelrevolver, einen Gummischlauch sowie in einem Blumenkasten im Nebenzimmer auch eine Dreieckspistole mit gefülltem Patronenrahmen. Einer Person wurde ein Rahmen mit sieben scharfen Patronen abgenommen, der in die im Nebenzimmer gefundene Dreieckspistole paßte.

Selbstverständlich ist aus dem Polizeibericht wie gewöhnlich nicht zu ersehen, was das für eine Person war. Aber schon der Umstand, daß es aus dem Bericht nicht hervorgeht, läßt erkennen, daß die Munition einem Nazi abgenommen worden ist, zumal sich ja die 60 Nazis in dem Lokal aufgehalten hatten.

**Die Anstaltsstelle für soziale und Rechtsfragen**  
für minderbemittelte Frauen und Mädchen, Ritterplatz 1, 2 Hof rechts, Zimmer 2, ist vom 1. bis 15. August d. J. geschlossen. Nächste Sprechstunde am Dienstag, den 16. August, von 16 bis 18 Uhr.

**Von den künstlichen Kunstausstellungen**  
Das Schlesische Museum für Kunstgewerbe und Altertümer, Graupenzstraße 14, ist vom Montag, den 1. August, bis einschließlich 8. September dieses Jahres wegen der Vorbereitungsarbeiten für die Gerhart-Hauptmann-Ausstellung geschlossen.

**Unverriegelte Wertpapiere**  
Wertpapiere mit Wertangabe bis zu 300 Mark können ohne besonderen Vermerk als unverriegelte Wertpapiere mit der Post versandt werden. Der Wert darf nur auf der Paketkarte, nicht auf dem Wertpapier angegeben werden. Außer der Paketgebühr wird eine Versicherungsgebühr von 10 Pf. erhoben. Bei Verlust oder Beschädigung wird Ersatz geleistet wie für ein Wertpapier.

# Die Pflicht ruft!

## Letzte Kundgebungen

**Donnerstag, 20 Uhr, in den Metropol-Sälen, Breslau-Rosenthal:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse E. Zimmer.

**Donnerstag, 20 Uhr, bei Koblitz, Breslau-Stabelwitz:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Steiner.

**Donnerstag, 20 Uhr, bei Ulrich, Breslau-Kl.-Mochern:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Ruffert.

**Donnerstag, 20 Uhr, bei Treuner, Goldschmieden:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Gustav Schiller.

**Freitag, 20 Uhr, in der „Hummel“ (Lokal Lucas):**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Blant.

**Freitag, 20 Uhr, Hotel „Deutsches Haus“, Deutsch-Billa:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Rüdeman.

**Sonabend, 20 Uhr, „Lindenhof“, Carlowitz:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Katielcynski.

**Sonabend, 20 Uhr, bei Knecht, Dowitz:**  
Öffentliche Kundgebung.  
Redner: Genosse Winger, Wöl.

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Organisationsamt, Zimmer 167-170  
Telefon Nummern 50060-50061  
Sitzsaal außer Ortsabende von 6-7 und 8-7 Uhr

**Wahlung, Bezirksleiter!**  
Sonabend müssen in sämtlichen Bezirken die Einstellungen für die Wahlarbeit vorgenommen werden. Die Versammlungslokale sind heute noch im Sekretariat zu melden.

**Wahlung, Abteilungsleiter!**  
Die verkauften Wahlzettel sind sofort abzurechnen. Restliche Zettel sind dem Parteibüro zurückzugeben. Alles bald im Sekretariat, Zimmer 167, erledigen.

**Berichtigung!** Die gefrige Notiz betreffend die Abteilungsleiter ist irrtümlich unter Parteinosignien gebracht worden. Die Abteilungsleiter brauchen nicht in der Zeit von 16 bis 18 Uhr im Büro anwesend zu sein, da die Abteilungsleiter der Jungen Front gemeint sind.

**Alle Bezirks- und Sturmscharen** sind am morgigen Freitag 19.30 Uhr im Vorraum der Jahrhunderthalle.  
Die Kadetten aller Abteilungen treten am Donnerstag 19 Uhr im Gewerkschaftshaus an.

**Wahlung, Fraktionsgruppen!** Am Freitag 19.30 Uhr Vorabendgang der Jahrhunderthalle. Erscheinen alle Mitglieder in Pflichtkleidung notwendig.  
Die Abteilung Innere Stadt (19 und 34) trifft sich heute 19 Uhr zur Flugblattverbreitung bei Spentafomsh, Neumarkt. (Nicht, wie irrtümlich angegeben, bei Krause, Kleine Gostengasse).

**Abteilung Schmitz, Uf. v. Erwerbslosenheim bei Lamerl, Briggenthof,** ist täglich von 8 Uhr ab geöffnet. Alle Erwerbslosen Partei, Gewerkschafts- und Parteimitglieder sind anwesend.  
**Abteilung 8, Funktional- und Wahlhelferverammlung** heute 10 Uhr bei Grundmann, Franzosenstraße 22.  
**Abteilung 14, heute** muß alles zu einer wichtigen Bezirksversammlung in unserem Lokal erfolgen.  
**Abteilung 20, heute 20 Uhr** treffen sich alle Genossen und Genossinnen bei Görlitz, Wühlstraße 13, zur Wahlversammlung.

**Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten**  
Wer sich an dem Festlager der Sozialistischen Arbeiterjugend beteiligt, melde sich baldigst im Zimmer 167 des Gewerkschaftshauses.

**Sozialistische Arbeiterjugend**  
Wahlung, Mitglieder! Heute 19 Uhr Flugblattverbreitung in den gestern angegebenen Lokalen. Alles erledigen!  
Freitag früh 9 Uhr sind alle Erwerbslosen im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses. Pflichterfüllung!  
Freitag 19 Uhr zur Kundgebung in der Jahrhunderthalle mit dem Genossen Reichel. Pflichterfüllung! Fahnen zur Stelle! Wir treffen uns vor der Jahrhunderthalle bei der Jungen Front. Jeder muß unbedingt erscheinen.

Unsere Heimabende finden heute bereits um 20.30 Uhr statt:  
Heim 1 Jugendheim Gewerkschaftshaus (Abteilung Innere Stadt); Nicht bildnertrag des Freidenkerbundes, Genosse Fietz.  
Heim 2 Jugendheim Barade Wollswinkel (Abteilung Ohlauer Tor); Wir besprechen die Wahlarbeit.  
Heim 4 „Jägerhof“ Gräßchen (Abteilung Südwest / Gräßchen); Besprechung der Wahlarbeit.  
Heim 5 Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Str. (Abteilung Nikolaitor); Unter Heimabend findet diesmal bei Mallo, Westendstraße 37, statt. Besprechung der Wahlarbeit.  
Heim 6 Rodnikschule (Abteilung Wapelsch); Einleitung der Wahlarbeit.  
Heim 7 Redaktion der „Vollmacht“ (Abteilung Streßener Tor); Besprechung der Wahlarbeit. Genosse Hans Stephan.  
Heim 9 Witte, Zimpel (Abteilung Bischofswalde-Zimpel); Besprechung der Wahlarbeit.

Alle Genossen beteiligen sich an der Wahlarbeit und lassen sich Besprechungen ausstellen. Beigt in diesen letzten Tagen, daß die Sozialistische Arbeiterjugend die Arbeit leistet, zeigt Aktivität!

**Junge Front**  
Abteilungsleiter! Donnerstag von 16 bis 18 Uhr im Zimmer 170 (Parteilokal) melden. Erscheinung unbedingt erforderlich!  
Erwerbslose Genossen! Freitag früh 9 Uhr müssen alle erwerbslosen Genossen im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses vertreten sein. Jede Organisation hat Kontrolle aus.  
Zur Kundgebung in der Jahrhunderthalle am Freitag 20 Uhr tritt die Junge Front um 19 Uhr vor der Jahrhunderthalle möglichst in Pflichtkleidung an. Erscheinung unbedingt erforderlich. Bringt die Fahnen mit. Flugblattverbreitung Donnerstag 18 Uhr in den gestern angegebenen Lokalen. Restlos erscheinen notwendig!  
Kundgebung, erwerbslose Genossen! In den nächsten Tagen, sowie am Wahlsonntag, heißen wir die erwerbslosen Genossen in folgenden Heimern zur Verfügung:

Abteilung: Ohlauer Tor, Streßener Tor, Süden: Erwerbslosenheim  
Finkenstraße 8, Seitenhaus  
Abteilung: Südwest: Erwerbslosenheim Steinhöfener Straße 62  
Abteilung: Südwest, Kleinburg: Erwerbslosenheim „Jägerhof“, Wühlstraße 13  
Abteilung: Innere Stadt: Spentafomsh, Neumarkt 16  
Abteilung: Nikolaitor: Mallo, Westendstraße 37  
Abteilung: Wapelsch: Hoffmann, Wühlstraße  
Abteilung: Gaudier: Wierowet, Briggenthof 8  
Abteilung: Schmitz: Lamerl, Briggenthof 16  
Abteilung: Zimpel: Witte, Zimpfer Straße

**Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau**  
Abteilung 6 (Streßener Tor). Die Not- und Jungfahnen, die nach Weiserwisch fahren, treffen sich 7.15 Uhr an der „Kalkofabrik“.  
Abteilung 7 (Innere Stadt). Freitag alle Kinder, die nach Weiserwisch mitgehen, um 7.15 Uhr auf dem Neumarkt. 20 Pf. für Sitzbänke und Verpflegung mitbringen.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
In der morgen 20 Uhr in der Jahrhunderthalle stattfindenden Kundgebung an der Kameradschaftsversammlung Rudolf Breitscheid das Reichsbanner. Fahnen für Mitglieder zum Preise von 25 Pf., für Nichtmitglieder zum Preise von 40 Pf., referenzierte Fahne 1 und 2 25 Pf., im Büro des Reichsbanners zu haben.  
Sitzung: Morgen 19 Uhr Orgelstunde.  
Freitag 19.30 Uhr mit Wimpel morgen 19.30 Uhr im südlichen Gang der Jahrhunderthalle.  
Junge Front mit Fahnen morgen 19.30 Uhr im südlichen Gang der Jahrhunderthalle.  
Wahlung mit Fahnen morgen 19.30 Uhr im südlichen Gang der Jahrhunderthalle.  
Kadetten des Ortsvereins: Sämtliche Kadetten treten heute 19 Uhr im Hof des Gewerkschaftshauses an.  
Abteilung Schmitz: Heute alles zur Kundgebung in Rosenthal. Fahnen spätestens 20 Uhr zur Stelle.  
Jugendkamerad Wöl (Stum): Heute Antreten sämtlicher Kameraden in der Kadenheimhalle.  
Kamerad Wollsch: Wir beteiligen uns morgen an der Kundgebung in Breslau in der Jahrhunderthalle. Treffpunkt 18 Uhr Unterführung.

# War das ein geordnetes Reich?

## Antworten an Adolf Hitler

„Im November 1918 haben die heute herrschenden Parteien ein geordnetes großes Reich übernommen“, so sog Adolf Hitler in einer seiner wortreichen, aber inhaltlosen Wahlreden.

In Wirklichkeit war Deutschland Ende 1918 ein einziger Trümmerhaufen.

### Habt Ihr das vergessen?

14 Millionen Menschen standen in Deutschland 1914 bis 1918 an der Front, die von der Heimat ernährt, bekleidet und versorgt werden mußten!  
Diese 14 Millionen Menschen pulverten fünf Jahre lang das deutsche Volksovermögen in die Luft.  
Zwei Millionen Menschen wurden auf den Schlachtfeldern getötet, vier Millionen wurden verwundet, in der Heimat ging eine Million Menschen an Unterernährung zugrunde. Viele Millionen Soldaten und Zivilisten verloren ihre Gesundheit.

### Habt Ihr vergessen:

Deutschland hat durch den Weltkrieg die Hälfte seines Volksovermögens eingebüßt. Am Ende des Krieges war eine Kriegsschuld von 165 Millionen Mark vorhanden.  
Die junge Republik muß für anderthalb Millionen Witwen, für zwei Millionen Waisen und für eine Million Eltern, für mehr als zwei Millionen Kriegsbeschädigte sorgen.  
Das allein kostet Jahr für Jahr mehr als zweitausend Millionen Mark!  
Und all diese schmerzhaften Lasten hatte ein Deutschland zu tragen, das ein Sechstel seines Gebietes, ein Zehntel seiner Bevölkerung, die Hälfte seines Vermögens durch den Weltkrieg verlor, das von allen Rohstoffen entblößt war und an den notwendigsten Nahrungsmitteln bittersten Mangel litt.

### Und wer hat schuld?

Großadmiral von Tirpitz, der spätere deutschnationale Reichstagsabgeordnete, schrieb bereits im März 1915:

„Es ist ein unerhörtes Verjagen unserer Oberschicht, mitterschubdet durch die Spigen. Ich habe das ja die ganzen Jahrzehnte hindurch kommen sehen. Wie oft habe ich dir gesagt: Wie die Katastrophe einmal kommen werde, wüßte ich nicht, sie müsse aber kommen.“

Wilhelm II. desertierte nach Holland, Ludendorff floh nach Schweden, alle anderen Machthaber trochen in die Mausefächer.

Einen Schutthaufen hinterließen sie der Arbeiterschaft, deren mühselige Arbeit für den Wiederaufbau Deutschlands sie immer zu stören und zu hindern versucht haben.

**Der Hakenkreuzzug ohne Zweifel dient nur dem Haß- und Kriegesteufel.**

**Freund, du willst den Frieden haben? Schnell — das Hakenkreuz begraben!**

**Das Hakenkreuzes Ritter sind Deutschlands Leichenbitter.**

## So sah es 1918 aus!

2 Millionen unserer kräftigsten Männer lagen als Tote auf dem Schlachtfeld.

Viel Krüppel, Witwen und Waisen — dafür große Versorgungslasten.

Deutschland litt an den Folgen der 4½-jährigen Hungerblockade.

Die Wirtschaft infolge riesiger Anspannung für die Kriegsproduktion völlig zerrüttet.

4½ Jahre hindurch keine Wohnungen gebaut — daher tiefste Wohnungsnot.

Die Eisenbahnen durch riesige Überlastung für Kriegszwecke stark zerrüttet. Das gute Material mußte auf Grund des Friedensschlusses an die Sieger abgegeben werden.

Die ganze deutsche Handelsflotte verloren — mußte an die Sieger abgeliefert werden.

150 Milliarden Goldmark für den Krieg verpulvert.

Alle für Kriegszwecke benötigten Metalle beschlagnahmt und eingezogen (Sammlung von Messingtürklinken, Kupfergeschirre usw.). Wer trug noch ordentliche Kleidung? (Papierwäsche, Ersatzstoffe, Holzsohlen und Papier Schuhwerk.)

Das Rheinland und Oberschlesien von den Siegern militärisch besetzt.

Deutschland war politisch und wirtschaftlich von aller Welt isoliert und angefeindet.

### Das ist die Wahrheit!

Das kaiserliche Deutschland hatte Bankrott gemacht.

Damals mußte das deutsche Volk, wer für diese Not verantwortlich war.

Die Verantwortlichen selbst kannten ihre Schuld. Sie brachten sich in Sicherheit.

Die Arbeiterschaft — bis dahin ohne Mitbestimmungsrecht — begann den Wiederaufbau. Sie hat

das Millionenheer in die Heimat und wieder in Arbeit gebracht,

in das völlig ausgehungerte Land Mehl und Speck hereingebracht, die Wirtschaft wieder in Betrieb gebracht.

Wo waren damals die Leute, die sich heute so laut als „Reformer“ anpreisen?

### Ein Hakenkreuz vorm Kopf

Daß es auf den Straßen heute überall Diskussionen gibt, ist nichts Auffälliges mehr. Daß sich Menschen über Politik unterhalten, ist auch ganz selbstverständlich, denn die Politik macht sich im täglichen Leben der Menschen kräftig bemerkbar. Der Arbeitslose, der Kleinrentner, die Kriegsoffer beispielsweise: sie alle wissen, wie sie unter der Nazi-Papen-Politik zu leiden haben. Ein Wunder, wenn man auch einmal ein unpolitisches Gespräch hört.

Standen da zwei junge Leute an einer ganz belebten Ecke und stritten und stritten, wie hoch wohl das Flugzeug sei, das da am Himmel flog. „1000 Meter“, sagte der eine, „1500“, der andere. Wieder legte der eine einige hundert Meter zu, der andere stritt ebensoviel herunter. Aber sie konnten nicht einig werden. Mit einem Male brüllte der eine den anderen an: „Mensch, du bist ja so dumm, du hast ja — ein Hakenkreuz vorm Kopf!“

Was war das? Wieder Politik? Früher hieß es — so dachte wohl der Kluge — „so dumm, ein Brett vorm Kopf“. Jetzt heißt es: „Ein Hakenkreuz vorm Kopf.“

### Zwölf vergewaltigten eine Million

Zwölf Kohlen- und Eisenbarone — Thyssen, Krupp, Böger, Wolff, Flick, Haniel, Harpen, Hoersch, Klöckner, Mannesmann, Duisburg und Stinnes — beherrschen 90 Proz. der deutschen Eisenerzeugung und 80 Proz. der Ruhrzechen. In diesen Werken schufteten früher (1929) über eine Million Arbeiter . . .

Ein Duzend beherrscht eine Million! Soll das so bleiben? Entscheide dich für den Sozialismus. Wähle Liste 1!

### Willibald Kater:

## Die Rente wird gekürzt



Sie starb am 1. Juli 1932. Die alte gebrechliche Rentnerin Luise verm. Schumann geb. Maß.

Sie war 71 Jahre alt geworden und fiel einem Unfall zum Opfer.

Früh, gegen 9 Uhr, machte sie sich auf den Weg zum Postamt. Die Rente holen. Die Sonne, als wäre es schon Mittagzeit, schied bereits in dieser Stunde unbarmherzig in den immer weißer werdenden Asphalt, das Pflaster glühte, die Wände der Häuser leuchteten grell wie die Hitze und machten die Augen rot und schmerzhaft, träge kloß der Verkehr über die Straßen.

Die Alte trippelte mit ihren kraftlosen Beinen quer über die Fahrdämme, über Plätze und Straßen, sie trug fürsorglich fest einen Hosenkorb über den rechten Arm, darin lag nichts weiter als die Rentenkarte, eingewickelt in ein Taschentuch, und dieses wieder in einer Schürze, sauber und sicher, denn die Karte war ihr kostbarster Besitz. In der Linken führte sie einen alten Stock, der für sie vorstieß, sie scheinbar nachzog, ihr den Weg ebnete, wie ein Hund seinem ihm vertrauenden Blinden.

So lief sie, klein und verhärtet, 71jährig, mit weichen hastigen Schritten, trapptrapp, und ihre Brust gab bei jedem ihrer Schritte sonderbare musikalische Töne von sich, wie eine Flöte, in die ein zu schwaches Kind ohne Können hineinbläst. Sie war krank, die Alte, Asthmaaiterin.

Im Laufen dachte sie an die Rente, die sie holen wollte, sie rechnete und führte das ewige Selbstgespräch: wie soll sie bloß mit den paar Mark auskommen den ganzen Monat, es ist nicht richtig, daß sie so wenig hat, wo doch andere Leute, wie sie genau weiß, viel mehr haben den ganzen Monat, hundert Mark sogar und tausend auch, und sie weiß gar nicht, wie hundert Mark heute aussehen.

Dies dachte sie und ahnte nicht, daß sie an diesem Tage sechs Mark weniger bekommen wird.

Sie mußte nichts davon, daß eine neue Regierung das Staatsruder ergriffen hatte, eine Regierung der „feinen Leute“, Freiherrn und Grafen, denn sie hatte kein Geld, um Zeitungen zu lesen, und so lief sie denn ahnungslos zum Postamt hin, nicht wissend, was dort auf sie wartete.

Als sie um die Ecke bog, sah sie schon die Schlange der Rentempfänger stehen. Einer drückte ihr ein Flugblatt in die Hand. Sie war so müde heute, die Hitze und der Weg hatten sie hartlos matt gemacht, so kraftlos, daß sie das Blatt fallen ließ. Der Mann, der ihr den Zettel gegeben hatte, hob ihn wieder auf.

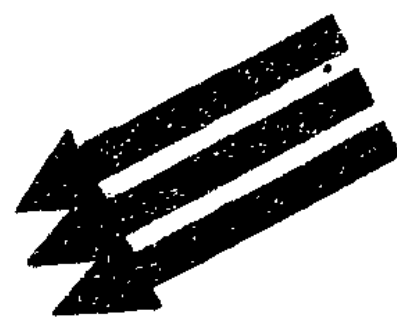


„Komm, Mutter“, sagte er freundlich, „leß dir das Flugblatt durch. Die Nazisbarone haben deine Rente gekürzt. Du kriegst heute sechs Mark weniger.“

Sie begriff nicht gleich, obwohl sie jedes Wort verstanden hatte.

„Was?“ stammelte sie, „sechs Mark weniger.“

Sie blickte sich hilflos um, und es fuhr ihr kalt über den Rücken, als sie die stummen Blicke, die Empörung der Menschen neben sich sah. Sie wollte es nicht fassen, sie konnte es nicht fassen, sie verlegte zu überlegen, sie wollte fragen: noch weniger als bisher, sechs Mark weniger, das geht doch nicht, das ist unmöglich. Die Knie zittern ihr. Sie versuchte das Blatt zu lesen, sie rückte ihre Brille zurecht, trotzdem sprankten die Buchstaben, auf und ab



## „FREIHEIT!“

A: „Was war denn das?“

B: „So grüßen sich jetzt die Republikaner.“

C: „Das hört man jetzt allenthalben, man merkt plötzlich, daß es auch noch andere Leute als Hakenkreuzler gibt.“

Gebrauche auch du den Gruß! Er besteht aus:

## ERHOBENER FAUST

und dem lauten Ruf:

## „FREIHEIT!“

Jeder trag' das Zeichen,  
Keiner darf jetzt weichen —  
Keinem darf's verdröben,  
Mit „Freiheit!“ zu grüßen!

tanzen sie auf dem Papier. Auch die Hand, die das Blatt hielt, zitterte, und sie preßte heraus:

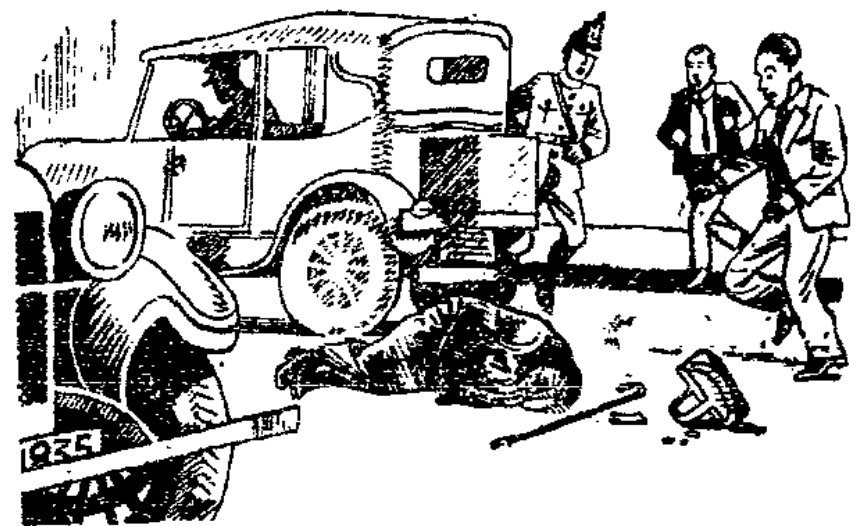
„Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr — — —?“

Aber schon die letzten Worte sprach sie nicht mehr aus, es kam nur noch ein juchender Hauch aus dem Herzen geflattert, der alle Worte zusammenfaßte zu einem einzigen Stöhnen. Mit Angst erblickten ihre Augen eine Mauer verbitterter Gesichter um sich, ringsum stand Verzweiflung, Erschütterung, Jammer und Not, und sie begriff ganz klar — und klapperte bei diesem Gedanken zusammen — daß das Flugblatt und der Mann, der es ihr gegeben, die Wahrheit sprachen.

„Damit kann ich doch nicht leben“, meinte sie am Schalter, als ihr der Beamte die gekürzte Rente aus das Zehnbreit legte, „wie soll ich denn von sechzehn Mark leben, den ganzen Monat sechzehn Mark, ich muß doch mein Geld kriegen, wo doch jahrelang rein gezahlt worden ist, ich kann doch nicht damit auskommen — — —“ Und sie stellte sich hin und schluchzte auf und nahm das Geld und ging, leise wimmernd, ohne zu wissen, daß sie ging, durch die Halle, an der empörten Menschenmenge entlang, und schlief weinend:

„Das ist doch nicht möglich, das geht doch nicht, sechs Mark weniger, nein nein nein — — —“, und wankte durch das Tor.

Draußen lehnte die Alte an der Mauer und meinte weiter. Und sehr schnell standen um sie Menschen und hatten rasch einen Ring diskutierender, schimpfender und streitender Ansichter gebildet — o diese Menschen! — und waren sich nicht einig, ob diese arme bedauernswerte



Frau eigentlich Invalidenrente bezieht oder Hinterbliebenenrente. Sie war indessen unbemerkt an den Fahrdamm gekommen, sie schritt unsicher weiter, krampfhaft hielt sie das Geld in der Hand. Sie dachte (und vor ihren Augen begann die Straße zu kreiseln): uns nehmen sie noch das Letzte weg, warum nehmen sie immer nur uns Armen und Alten alles und den Reichen nichts, das ist eine Ungerechtigkeit auf der Welt, das ist eine große Ungerechtigkeit . . . Unglücklich und im Zickzack wankte sie zwischen dem ratternden Geföse, das von den Straßenbahnen, den Lastfuhrwerken und den Autobussen verursacht wurde, blind und taub, sie hörte nicht auf das aufgeregte Gupen der Autos, das schrille Klingeln der Radfahrer, sie trug hilflos den Korb mit der eingewickelten Rentenkarte vor sich her, der Stock schleppte sich ihr nach wie ein störrischer Dackel, so lief sie blind und mit blinden, schreckhaft gemeinteten Augen über die Straße und sah erst im letzten Augenblick, daß sie direkt in ein Auto hineinstieß. Sie schrie auf, fiel zusammen, unfähig sich zu bewegen, freilich noch einmal, kein Wort, nur einen einzigen langgezogenen, gräßlichen Laut; in diesem rasenden Verkehrslärm klang es, als zürpe eine Grille einjam gegen ein tobendes Gemitter.

Ein jäher Tumult entstand auf der Straße. Die Menschen eilten von allen Seiten erschrocken hinzu. Sie klabten rasch das Geld zusammen. Dann zogen sie die Leiche der Alten unter den Wagen hervor und stellten allgemein und mit großer Bewegung fest, daß nichts mehr zu machen sei, sie sei tot, die arme, alte Frau, sie sei aber selber schuld. Und man hob sie hoch und drückte sie, die blutig und leicht war, in die Polster des Wagens, der sie überfahren hatte. Den verdrückten Korb legte man zu ihr, desgleichen den Stock und die Rentenkarte, die jetzt offen und grün auf der blauen, nummehr zerrissenen und verdrückten Schürze lag. So fuhr der Wagen davon, begleitet von einem Polizisten und zwei Zeugen.

Zehn Minuten später ging der Verkehr wie gewöhnlich weiter. Und die Menschen unterhielten sich am Rande des Fahrdammes über die Regierung und die Notverordnung.

Verleger und verantwortl. A. Kaufhold, Druck: Berolter Buchdruckerei, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

# Antwort an Herrn Brüdnier von Paul Löbe

Sie haben in einer Rundfunkrede Ihre Partei, als die wirklich nationale und soziale, die Sozialdemokratie aber als unzuverlässig in nationalen Fragen und ungeeignet für sozialen Aufbau hinzustellen versucht.

## Wir antworten:

Zunächst, Herr Brüdnier, wir haben den Krieg wie die Pest! Wir halten ihn nicht für geeignet, die Beziehung von außenpolitischen Unrecht zu bringen. Wir werden alles tun, um seine Wiederkehr zu verhindern. Und viele von denen, die heute zum Galentanz neigen, kamen von 1916 bis 1918 zu uns gelaufen mit der Klage, warum die Sozialdemokratie dem Krieg nicht endlich ein Ende macht. Aber sind wir deshalb national weniger zuverlässig? O nein! Als Herr Fried wohlgeboren in Birmahnsdorf, fiel bei Lunow die sozialdemokratische Abgeordnete Ludwig Frank. Er und der Waise Weidem waren die einzigen aus dem patriotischen Reichstag, die ihr Eintreten fürs Vaterland mit dem Leben besiegelten.

Als Herr Goebels und Herr Rosenberg wohlgeboren ihre Studien vollendeten, fielen draußen die beiden Söhne von Friedrich Ebert, fiel der Sohn von Otto Braun, die im gleichen Lebensalter standen.

Als daheim die Herren Kube, zu Rewentlow, Feder ihre journalistische Arbeit verrichteten, taten 70 Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihre Pflicht als Soldaten und viele sind schwer- und leichtverletzt zurückgekehrt. Draußen unter dem Regen liegen Hunderttausende von Söhnen sozialdemokratischer Väter, von Vätern derjenigen, die heute in unseren Reihen stehen. Wie viele von denen, die uns heute beschimpfen, stellten damals noch in den Kinderkriegen?

Als Schleswig-Holstein verteidigt wurde gegen dänische Ansprüche, geschah es unter der Führung des Sozialdemokraten Adolf Rössler. In Oberschlesien haben bei der Abstimmung ihre vaterländische Pflicht getan die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, sogar die Kommunisten. Als an Rhein und Ruhr Separatisten und Bekehrte schwere Opfer forderten, war hat sie in erster Linie gebracht? Sozialdemokratische Eisenbahner, Bergleute, Angestellte und kleine Beamte, als von Nationalsozialisten noch nichts zu sehen war.

## Die Sozialdemokratie

hat mehr getan, als „Deutschland erwohne“, und „Juda verrede“ gerufen — aber sie will ihre Vorbeeren erwerben in Werte des Friedens und des Aufbaues. Sie kämpft nicht für neue Kriegen, sondern für Abklärung. Sie ist eine Partei des Friedens und glaubt, damit dem deutschen Volk am besten zu dienen.

# Landwirtschaftskammer im Dienste zügelloser Nazipropaganda

## Schneider telegraphiert Falschmeldungen an den Reichspräsidenten

Dass die Niederschlesische Landwirtschaftskammer ein politisch-reaktionäres Institut sei, war bislang schon zur Genüge bekannt. Immerhin hat man aber, auch unter der Leitung des uns gewiß nicht nahestehenden Herrn von Bernuth, bisher in ausschließlich politischen Fragen meist jene Zurückhaltung bewahrt, die einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zukommt.

Unter dem Regime des Gutsbesizers Schneider-Edersdorf als Kammerpräsidenten ist das nun anders geworden. Die neueste Nummer der „Zeitschrift der Landwirtschaftskammer Niederschlesien“ bringt als erste Meldung ein Telegramm, das der Kammerpräsident — mit welcher Vollmacht ist uns nicht bekannt — an den Reichspräsidenten geschickt hat und in dem es heißt:

„Das deutsche Volk ringt um Heimat und Scholle; die Not schreit zum Himmel. Allein am Sonntag mehreste Not-Notlage — angeführt von Parteibuchbeamten — auf niehliche Weise deutsche Volksgenossen nieder. In Ohlau zwei Tote, 22 Schwerverletzte; in Reichenbach-Langensielau-Gnadenfrei 18 Schwerverletzte.“

Im Namen jählicher Bauern (!?) — Millionen Väter und Mütter — bittet ich Eure Excellenz, diesem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Ein Wort von Ihnen, Herr Reichspräsident, genügt, um diesen Abhang der Menschheit (!!) zu bändigen; jeder wahrhaft deutsche Mensch würde aufatmen.“

Dieses Telegramm übertrifft an Verdrehung der Tatsachen wie an Maßlosigkeit des Ausdrucks wohl alles, was bisher selbst in der Naziparteipresse zu lesen war. Wir sind nicht in der Lage anzunehmen, daß dieser Großgrundbesitzer, der sich mit über 100 Mark monatlichem Nebeneinkommen zum Ankläger der „Parteibuchbeamten“ aufwirft, hier etwa guten Glaubens die blutrünstigsten Schauerwörter an den Reichspräsidenten drahtet.

Herr Schneider weiß genau, daß der Bürgerkrieg, wie er sich jetzt als Schande für das Ansehen der deutschen Nation entwickelt hat, ein Produkt der faschistischen Propaganda ist, weiß genau, daß der Nationalsozialismus die gewalttätige Aktion fördert und die Demokratie verwirft, er hat die Möglichkeit, sich jederzeit zu informieren, wie in Gnadenfrei ein Arbeiter vom nationalsozialistischen „Abhang der Menschheit“ erwidert, wie in zahlreichen anderen Fällen, die in unseren Spalten mit genauen Angaben öfters genannt wurde, wie bei dem Sturm auf das Bunzlauer Volkshaus die Nationalsozialisten die Marzisten in sinnloser Bestialität niedermetzten. Um so tiefer steht das Niveau dieser Art gewissenloser Propaganda, die keineswegs den Zweck hat, Blutvergießen zu vermeiden, sondern nur dem Wunsch entspricht, Ausnahmemaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung herbeizuführen, die Herrn Schneider und seinesgleichen bisher zwang, den ausgebeuteten und ausgegrenzten Landarbeitern wenigstens ein Minimum von Lebensmöglichkeit zu belassen.

## Genosse Simons an die Partei im Bezirk Görlitz

Der abgelehnte Pignitzer Regierungspräsident, Genosse Simons, veröffentlicht den folgenden Aufruf in der „Pignitzer Volkszeitung“:

Obwohl ich nur 11 Monate im Bezirk tätig sein konnte und meiner Arbeit in der letzten Zeit besondere Hindernisse entgegenstanden, haben die Parteigenossen in Land und Stadt mir dennoch bei meinem unwillkürlichen Weggang so viel Freundschaft erwiesen, daß ich darauf mit einem Gruß und Dank an alle antworten möchte.

Genossen und Genossinnen! Auch in einer Episode der Revolution, von denen die Partei und jeder einzelne hat getroffen wird, gehört die Epoche dem Sozialismus. Wir werden gestärkt durch den Abwehrkampf der nächsten Zeit, belehrt durch Erfahrung und Schulung, in neuem Angriff die Staatsmacht zu zerschlagen und wieder erobern. Dann aber, um sie ganz einzunehmen für die Arbeiter der Wirtschaft. Der Sozialismus wird siegen!

Sie nennen sich die wirklich soziale Partei und schmähen uns „Bonzen“ und „Vollsbetrüger“. Wer hat in den letzten 12 Jahren dafür gesorgt, daß es in Deutschland Arbeitslosenunterstützung und -versicherung für die Opfer der Krise gibt? Die Sozialdemokraten! Wer hat in jahrelangen Kämpfen Erhöhung der Löhne und Gehälter durchgesetzt, bis die Krise der Entwicklung ein Ende machte? Die Sozialdemokraten! Wer hat die Invalidenrente von 14,50 Mark im Monat in jährlicher Arbeit auf 35 Mark im Monatsdurchschnitt erhöht? Die Sozialdemokraten! Wer hat Wöhrnerinnenlohn und Mutterschutz und Unfallrente geschaffen und erweitert? Die Sozialdemokraten!

Wer hat drei Millionen unserer Volksgenossen aus den Mietskasernen, aus den Kellerkuchern in Siedlungshäuser und Flachbauten, an Luft und Sonne geführt? Die Sozialdemokraten! Wer hat dafür gesorgt, daß Spiel- und Turnplätze, Schwimmbäder und Stadionsicht fast an jeder Stadt und an jedem Dorf erhoben? Die Sozialdemokraten! In Deutschland schwerster Zeit sind mehr Bauern jährlich angegliedert worden als im Kaiserreich, als der Krieg noch nicht den Wohlstand zerstört hatte. Dabei hatten die Sozialdemokraten niemals allein die Mehrheit! Sie haben ihre Forderungen immer nur in starkem Kampf gegen bürgerliche Mehrheiten durchsetzen müssen.

## Sie schmähen die „Bonzen“

Ist es eine Schande, daß Volksschüler, daß Arbeiter, daß Angestellte in staatliche Ämter gekommen sind, daß Ebert ein früherer Sattler, Severing Schlosser, Braun Buchbinder war?

Freiherren und Barone mögen darüber die Nase rümpfen. Eine sogenannte „Arbeiterpartei“ aber besetzt sich selbst, wenn sie die arme Herkunft von politischen Führern schmäht. Das aber ist der Unterschied. Die einen haben in schwerer Zeit etwas geleistet, haben aufgebaut; die anderen aber haben einer Regierung in den Sattel geholfen, die das Erreichte abbaut und zerstört. Ihre Leistungen sind Versprechungen und Gerede. Je lauter es wurde, je mehr Stimmen sie erhielten, desto größer wurde das Elend in Deutschland in den letzten Jahren.

## Deshalb

sind ihre eigenen Wähler mißtrauisch und auffällig geworden, deshalb ist es mit ihrem Siegeszug vorbei. Deshalb kehren die Freigeistigen, die Aufrechten, die wirklich sozial fühlenden Deutschen zur Sozialdemokratie zurück und geben ihre Stimme ab

## für Liste 1

Wenn auch heut viel verloren geht: bewahren wir durch unseren Einsatz das Gut, ohne das alle anderen Güter nicht zu erringen sind, und den wir uns mit unserem Gruß angeloben: Freiheit!

## „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen“

Nazizeitung schwindelt wie gedruckt

Im „Schlesischen Beobachter“, dem Wochenblatt für politische Kinderbetrücker in Schlesien, war in der letzten Ausgabe ein zweipolig aufgemachtes Bild eines aufgedröhnten Toten zu sehen, das die etwas seltsame Ueberschrift aufwies: „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen!“ Damit natürlich gesagt werden sollte, daß die armen friedlichen SA-Leute ausschließlich und ohne Anlaß von Sozialdemokraten und Kommunisten hinterzückt niedergemacht werden. So wurde denn auch hier dieser Tote den Nazileuten als Kamerad hirtel, der von dem „Reichsbannerbanden“ Rolke erschossen wurde, vorgestellt.

Wie die Nazis zu dem Bild des Toten gekommen sind, können wir im Moment nicht feststellen, wohl aber, daß dieser Tote, der zwar hirtel heißt, aber leider Reichsbannerhirtel ist, bei einem Zusammenstoß in Wittmannsdorf, Kreis Waldenburg, von dem „Kameraden“ Rolke erschossen wurde.

Kommentar gänzlich überflüssig.

## Letzter Appell der Eisernen Front

Donnerstag, den 28. Juli, 20 Uhr

Breda: Lokal Renke; Redner: Genosse Dr. Hamburger.  
Staja: Redner: Genosse Hermin.  
Goch-Waldig: Lokal Die; Redner: Genosse Kleinert.  
Koch-Waldig: Lokal Langwig; Redner: Genosse Dr. Korn.  
Jahowig: Lokal Schaub; Redner: Genosse G. Lippmann.  
Pajowig: Lokal Drepler; Redner: Genosse Juchmeister.  
Obern: Lokal Brante; Redner: Genosse Kufelcinski.  
Gallowig: Lokal Ehrenberg; Redner: Genosse Beyer.  
Ober-Stephansdorf: Lokal Piffel; Redner: Genosse Faulhaber.  
Bella: Redner: Genosse Gottwald.  
Piffelwig: Lokal Kirstein; Redner: Genosse Prof. Dr. Ward.  
Schellen: Lokal Neugebauer; Rednerin: Genossin Prochowit.  
Witzow: Auf dem Anwesen des Genossen Löwe. Redner: Genosse Stolz.

Freitag, den 29. Juli, 20 Uhr

Bilowig: Lokal Hoffmann; Redner: Genosse Münzberger.  
Sadowig: Lokal Sorembel; Redner: Genosse Bretthorst.  
Wergsdorf: Lokal Rindfleisch; Redner: Genosse Dr. Korn.  
Saccan: Lokal Schröder; Redner: Genosse Seibold.  
Domslan: Lokal Franke; Redner: Genosse Schiffer.  
Kattara: Lokal Lammchen; Redner: Genosse Gottwald.  
Wittchen: Lokal Materne; Redner: Genosse Blachke.  
Klettendorf: Lokal Conrad; Redner: Genosse Kremser.

Sonnabend, den 30. Juli, 20 Uhr

Schottwig: Lokal Piffel; Redner: Genosse Sempel, M. d. R.  
Ottowig: Lokal Grieger; Redner: Genosse Kuffert.  
Sonne: Lokal Wiesner; Redner: Genosse Faulhaber.  
Kantig: Lokal „Marshall“; Redner: Genossen Paul Löbe und August Kleinert.  
Koberwig: Lokal „Zur Krone“; Redner: Genossen Paul Löbe und A. Kaufmann.  
Herrmannsdorf: Lokal Gasde; Redner: Genosse Blachke.  
Dammig: Lokal Fischer; Redner: Genosse Franke.  
Kantig: Lokal Weige; Redner: Genosse Hugo Frey.

## Letzte Fahrt des Bunzlauer Todesopfers

Am Mittwochnachmittag fand im Pignitzer Krematorium die Einäscherung des bei dem Gasstickenüberfall auf das Bunzlauer Volkshaus erschossenen 23-jährigen Reichsbannermanns Joseph Schreiber aus Bunzlau statt. Zu der schlichten Trauerfeier hatten sich Tausende von Mitgliedern der Eisernen Front und eine Rahmenabordnung der kommunistischen Antifaschistischen Aktion eingefunden. In der Friedhofskapelle hielten an beiden Seiten des toten Kameraden je vier Reichsbannerkameraden Wache, während vor dem Sarg Reichsbannerleute mit der schwarz-rot-goldenen Fahne und hinter ihnen die Antifaschisten mit ihrer roten Fahne Aufstellung genommen hatten. Gewerkschaftssekretäre Genosse Niederlich hielt die Trauerrede, in der er darauf hinwies, daß Joseph Schreiber für die Freiheit und die sozialistische Idee starb; als Kämpfer der Freiheit sei er von den Kugeln der Nationalsozialisten durchbohrt worden und in den Armen seiner Kameraden gestorben. Als sich der Sarg mit dem Toten unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden und den letzten Grüßen der Wahrsenkte, um dem Feuer übergeben zu werden, erhoben alle Anwesenden die Faust zum letzten stillen Freiheitsgruß.

## Kurzschluß durch Wahlplakate

Eine Wahlpropaganda, die nicht zur Nachahmung empfohlen werden kann, leisteten sich in Neufalz einige Anhänger der KPD. Sie brachten Wahlplakate an der Starkstromleitung mit Halen aus Radfelsen an. Die Halen führten Kurzschluß herbei, so daß die Stadt Neufalz drei Stunden ohne Licht war.

## Balzer wieder da?

Vor etwa vier Jahren wurde der Kreis Doppel durch dreifachen Raubmörders Balzer in Bank gebracht. Die Polizei konnte seiner nicht habhaft werden und man nahm schließlich an, daß er ins Ausland geflüchtet sei.

Kunmehr kehrte in einem Doppelner Lokal ein Majorfahrer ein, in dem der Gastwirt den ihm von früher her bekannten Balzer erkannt haben will. Er benachrichtigte die Polizei, doch ergriff der Fremde inzwischen die Flucht.

## Aus der Umgebung

### Herr Rupprecht und der Bäder

Eine seltsame Angelegenheit vor dem Ranther Einzelrichter

Eine im Interesse der Ranther Stadtverwaltung sehr aufklärungsbedürftige Angelegenheit gelangte kürzlich vor dem Amtsgericht Rantth zu einem vorläufigen Abschluß. Wegen Beleidigung und Verleumdung des Oberstadtschreibers Rupprecht hatte sich der Maurer und Stadtverordnete Genosse Hoffbauer zu veranworten.

Hoffbauer hatte in einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 1931 die Behauptung aufgestellt, daß sich ein hiesiger städtischer Beamter auf städtische Wohlfahrtsmarkt-Lebensmittel für den eigenen Haushalt beschafft hatte. Vom Magistrat zur Rede gestellt, und nach dem Namen des Beamten gefragt, erwiderte Hoffbauer, daß doch dieser Beamte leicht zu ermitteln sei, da er einzig und allein die Verteilung dieser Marken an Ortsarme unter sich habe. Die Verhandlung gestaltete sich sehr schwierig, da die angeblichen Verfehlungen des Beamten bereits seit 1927/28 erfolgt sein sollen. Selbstamerweise gelang es dem Kläger, dem Gericht glaubhaft zu machen, er habe sich die Marken selbst angefertigt, um die dafür vom Bädermeister Kasube entnommene Ware monatlich zu verrechnen. Als Rechtfertigung für diese, vorzüglich ausgedachte, seltsame Handlungsweise gab er an, daß sein damals kaum siebenjähriger Sohn beim Einkauf eines Zehnmarksteins verloren habe. Entgegen diesen Angaben behauptet die Zeugin K. unter Eid, daß die bewußten Güter beim Rupprecht von ihrem inzwischen verstorbenen Mann angefertigt und gestempelt wurden. Die als Zeugin vernommene Frau K., die zu der fraglichen Zeit als Bedienungsfrau bei Rupprecht tätig war und wiederholt mit diesen angeblichen Privatbesitz von Rupprecht Einkäufe getätigt haben sollte, litt gerade bei den ausschlaggebenden Punkten an einer erstaunlichen Gedächtnisschwäche.

Trotzdem die Angaben des Klägers über seinen privaten Giroverkehr mit dem Bädermeister selbst angefertigter Güter keine doch unzweifelhaft selbst bei voller Unterstellung dieser Tatbestandes zu seltsamen Gerüchten Anlaß geben müßten, Hoffbauer als Stadtverordneter selbstverständlich in Wahrung berechtigter Interessen der von ihm vertretenen Bürgerchaft gehandelt hatte, wurde er vom Ranther Einzelrichter zu der erhört hohen Strafe von sechs Monaten Gefängnis, allerdings mit dreijähriger Bewährungsfrist, verurteilt. Hoffbauer will gegen dieses ungeheuerliche Urteil selbstverständlich Berufung einlegen und die Angelegenheit damit der örtlich beeinflussten Synode in Rantth entziehen, da die Berufungsverhandlung vor einem Breslauer Gericht stattfinden.

Leipe-Petersdorf. Schwierige Statsberatung. In der Sitzung der Gemeindevertretung von Leipe-Petersdorf am Sonnabend lagen der Schul- sowie der Gemeindebezirksrat zur Beratung und Beschlußfassung vor. Eingangs gab Oberlehrer Wolff der Gemeindevertretung bekannt, daß die Galtshausgelder, welche sich auf 1000,45 Mark belaufen, von Seiten der Regierung für dieses Jahr gestrichen wurden, ebenso 400 Mark Ergänzungszuschuß. Dieser Ausfall ergab naturgemäß Schwierigkeiten, denn diesen Ausfall aus Gemeindemitteln zu decken, ist unmöglich. Es sind daher bereits Verhandlungen mit der Amtsstabsbehörde im Gange, den bisherigen Schulverband aufzulösen und mit der Gemeinde Proß-Weide zusammenzulegen. Die Gemeinde zahlt bereits jährlich 1000 Mark nach Proß für ein Duzend katholischer Kinder, die dort die Schule besuchen. Der Schuletat wurde dann einstimmig genehmigt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde zum zweiten Male der Gemeindefinanzetat beraten. Zu Titel 1, Kommunale Verwaltung, wurde der bürgerlichen Fraktion angefragt, ob der Gemeindebezirksrat nicht sein Gehalt abbauen möchte, der Vorsteher verneinte diese Frage und ließ hierüber abstimmen. Sämtliche Gemeindevorsteher und Schöffen enthielten sich der Stimme. Der Wahrsatzetat wurde trotz aller Finanznöte auf 2700 Mark erhöht gegen 2000 Mark im Vorjahr. Nach vierstündigen Verhandlungen konnte der Haushaltsplan noch nicht vereinfacht werden und die Gemeindevertretung wird sich zusammenziehen müssen. Auf Grund der Notverordnung vom 19. März ist bekanntlich die Biersteuer zu senken. In Leipe-Petersdorf wird dies jedoch kaum möglich sein. Die Fraktion der SPD fordert an dieser Stelle den Gemeindevorsteher auf, eine Gemeindeversammlung einzuberufen und den Steuerzahlern erklären, warum die Projektion nicht gesenkt werden können.

Groß-Mohrborn. Eine „Einheitsfront“ soll geschaffen werden. Eine Statunde der SAJ bemüht sich hier am Ort eifrig, eine „Einheitsfront“ mit den organisierten Arbeitern aufzuheben. Hoffentlich haben sich diese „Einheitsfront“-Anworte bei der Rundgebung der „Eisernen Front“ am Mittwoch davon überzeugt, daß ihre Arbeit unnütze Energieverschwendung bedeutet, denn die hiesige Arbeiterkraft hat längst durch Zusammenschluß in der „Eisernen Front“ eine Einheitsfront gebildet. Wir werden ihnen am Sonnabend bemerken, daß wir mit dieser politischen Kartenposen in so enger Zeit die deutsche Arbeiterklasse nichts zu tun haben wollen; indem der Versammlung fernbleiben.



## Die Gewerkschaften unerschüttert

### Krise und Organisationskraft - Die „Niedergerittenen“ reiten

Je näher der Wahltag heranrückt, desto nervöser wird die Hitlermeute. Sie hat nach Abrechnung gerufen und hat jetzt Angst vor der Abrechnung. Das Erwachen Deutschlands wird ihr unheimlich; denn die Aktivität der Arbeiterbewegung steigt von Stunde zu Stunde. Der Zulauf zu Hitler läßt nach, die Versammlungen der Eisernen Front dagegen werden überall stürmischen Andrang. Vor allem aber werden die Gewerkschaften immer deutlicher zu einem neuen Kraftzentrum. Die Anziehungskraft dieses Kraftzentrums auf die von den Faschisten und Schatzmachern bedrohten werktätigen Massen ist unverkennbar.

Die Stärke der Gewerkschaften äußerte sich am deutlichsten bei dem Angriff der Hitlerbarone auf Preußen.

Die Gewerkschaften blieben Gewehr bei Fuß. Sie ließen sich das Geleß des Handelns nicht vorschreiben. Ihre Ruhe ist von Leuten, die von der Arbeiterbewegung nichts wissen, falsch gedeutet worden. Die Feinde der Gewerkschaften, die über die Arbeiterbewegung Bescheid wissen, waren von dieser Ruhe weniger entzückt.

Sie waren sich darüber im Klaren, daß diese in scharfem Kontakt zur Nervosität der Fabrikarbeiter um Hitler stehende Selbstbeherrschung der Gewerkschaften nur ein Ausdruck innerer Überlegenheit war. Diese innere Überlegenheit wäre aber nicht möglich, wenn die Gewerkschaften, wie das ihre Feinde seit Jahr und Tag der Öffentlichkeit weismachen wollen, in ihrem Fundament erschüttert wären. Sie sind nicht erschüttert. Die Kraft der Gewerkschaften ist ungebrochen. Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das am 1. März erscheinen wird, liefert dafür den Beweis. Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des ADGB, veröffentlicht in ihrer nächsten Nummer aus diesem Beweis einige besonders markante Tatsachen.

Auch das furchtbare Krisenjahr 1931 mit seinen allen erstrebenden Begleiterscheinungen, so schreibt die „Gewerkschaftszeitung“, konnte die Front der freien Gewerkschaften nicht erschüttern. Sie stehen, wenn auch mit verminderter Kampferregung, so doch mit ungeahmter innerer Kraft bereit, um auch unter den schwierigsten Umständen ihre Aufgabe zu erfüllen. Die dem ADGB angeschlossenen Zentralverbände umfassen Ende 1931 immer noch 4.134.902 Mitglieder; darunter 570.836 weibliche und 170.854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliedszahl gegenüber 1930 (4.716.569) mit 581.667 beträgt 2,3 v. H.

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922 auf 1931, in der Zeit des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliedszahl von 7,8 Millionen auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und härteren Krise eingetretene Verlust gering. Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften erbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 6 bis 9,9 Millionen bewegte, können als die Kerntruppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stießen, sie nahmen jedoch schnell verfliehen, als sie erkannten, daß die wirtschaftliche Macht in zähem Kampf erobert werden muß.

Der Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften, aller maßlosen Not zum Trotz, erhalten geblieben; denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im ADGB mit 1.349.020 noch höher als Ende 1924 mit 1.023.867 und sogar beträchtlich höher als Ende 1926 mit 393.293, d. h. das alte Kraftzentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der gegenwärtigen großen Krise unerschüttert.

Die Finanzgebahrung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitgliederabgang naturgemäß ebenfalls rückwärtig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184.306.211 Mark um 7.349.093 Mark und die Gesamtausgaben mit 215.621.078 Mark um 25.561.313 Mark niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang beträgt bei den Verbandsbeiträgen 41.885.428 Mark und bei den anderen 9.096.358 Mark, zusammen 50.981.778 Mark und zeigt recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltspläne der Gewerkschaften.

Die höchste Anerkennung verdient das Opfer der in Arbeit stehenden Mitglieder durch die Leistung von Extrabeiträgen zur Unterstützung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kollegen und Kolleginnen.

Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufzubringende Summe 4.458.732 Mark und ist um 2.358.684 Mark höher als 1930. Der von der Hitlermeute so sehr verächtete Sozialismus scheint also der opferbereiten Solidarität nicht geachtet zu haben.

Freunde in der Not sind selten, aber bei den Gewerkschaften gibt es Freunde in der Not. Das zeigen die Unterstützungsziffern. Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben entfielen auf Unterstützungen. „Obwohl einige Verbände“ betont die „Gewerkschaftszeitung“, „gezwungen waren, die Unterstützungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat zu sanalisieren, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unheimliche kapitalistische Wirtschaftskrise in Not geratenen Mitglieder die achtunggebietende Summe von 109.888.848 Mark an Unterstützungen auszugeben. Begeleitet von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist vor allem diese praktische Hilfe, wie unsinnig das Geleß der Faschisten und Nazi-Propaganda und ihrer gedankenlosen Nachbeter von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist.“

Herr Hitler tut so, als ob die Gewerkschaften völlig abgewirkt hätten. Hoffentlich glaubt er seine Lüge nicht selbst. Die „Niedergerittenen“ reiten. Der Wahltag wird es beweisen.

## Lohnabbau und Landwirtschaft

### Mit den Löhnen ist auch das Einkommen der Landwirtschaft gesunken

Die Nazis behaupten, daß die Marginalen auch in der Agrarwirtschaft schuld sind. Wenn der Bauer für viele Erzeugnisse unzureichende Preise erhält, dann machen die Nazis in ihren Wahlreden ausgerechnet die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dafür verantwortlich. Das ist ausgemachter Idiotismus, aber es gibt Dumme genug, die den Blödsinn glauben.

Nun hat das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel eine Zusammenstellung herausgebracht, die zeigt, wie sehr die Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel, also fast ausschließlich für Produkte, die

die Deutsche Landwirtschaft erzeugt, vom Volkseinkommen abhängen. Wir geben diese Tabelle wieder:

	1929	1930	1931
Volkseinkommen insgesamt	76	69	55
davon wurden für Nahrungsmittel ausgegeben:	30	27	24

Nach dieser Aufstellung, der amtliches Material zugrunde liegt, hat sich das Volkseinkommen von 76 Milliarden im Jahre 1929 auf 55 Milliarden im Jahre 1931 vermindert. Diese Verminderung kennzeichnet den ungeheuren Lohn- und Gehaltsabbau, der in Deutschland unter Druck der Nationalsozialistischen Partei erfolgte. Ohne die Hitlerbewegung hätte die Groß- und Schwerindustrie diesen Lohnraub nicht durchführen können.

Sehen wir nun die Auswirkungen des Lohnraubs auf die Einnahmen der Landwirtschaft, die sich in den Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel darstellen. Parallel mit dem Lohnraub bei Arbeitern, Angestellten und Beamten läuft eine Verminderung des Einkommens der Landwirtschaft. Das landwirtschaftliche Einkommen ging in derselben Zeit von 30 auf 24 Milliarden zurück.

Das sind die Auswirkungen der Hitlerischen Politik auf die Landwirtschaft. Der Arbeiter kann nur hohe Preise für Nahrungsmittel bezahlen, wenn er anständige Löhne erhält. Arbeiternot ist Bauernnot!

## Ufa-Bund marschiert auf

Im Gewerkschaftshaus hatte gestern Abend das Ortskartell des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes seine Mitglieder zu einer Kundgebung zusammengerufen, in der Kollege Göring-Berlin den letzten Appell an die Angestellten richtete.

Mit stürmischer Begeisterung begrüßte die bis auf den letzten Platz besetzte Versammlung die einmündigende Jugend des AFA und die Angestellten-Kameradschaft. Für die im Frauen-Vortrupp aktiv tätigen Kolleginnen überreichte Genossin Prohownik dem Ortskartell ein Sturmbanner, das Kollege Wachsmann unter begeisteter Zustimmung der Versammlung übernahm.

Oft von stürmischem Beifall unterbrochen, hielt sodann Kollege Göring als Vertreter des Ufa-Bundesvorstandes die Rede mit der Adressierung und ihren Nazirabanten, die ausgezogen sind, das System zu beseitigen. Treffend charakterisierte er die sozialen und arbeitsrechtlichen Geleße, die die deutsche Arbeiter- und Angestelltenklasse von den Unternehmerrabanten so verhafteten System verbannt, und ging auch auf die Ziele der Faschisten ein, deren Verwirklichung von der Baronsregierung bereits jetzt tatkräftig angestrebt wird. Die Barone und Grafen nebst ihren Nazirabanten fürchten die Eiserne Front aller Werktätigen, denn sie wissen, daß Millionen auf das Signal zum Angriff warten, deshalb ziehen sie nochmals alle Register der Demagogie. Wohlweislich verschweigen sie, welche Summen das System von Weimar an das Unternehmertum und den Grundbesitz gegeben hat.

Stattdessen küßt man sich auf die Bajonette der Reichswehr und zerklüftet die sozialen Versicherungen.

deren Grundlagen von den Gewerkschaften bisher unter schwerstem Ringen aufrecht erhalten werden konnten. Diese Arbeit der Adelsregierung steht angeblich sogar im Einklang mit der christlichen Ethik.

Kollege Göring ging ausführlich auf die Teile der Notverordnung ein, mit denen die Wapen-Regierung die Angestelltenrechte abbaut und legte dar, daß mit allen diesen Maßnahmen die verschiedenen Forderungen des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Erfüllung gehen. Nur der Wille der Millionen, die sich zum Symbol der drei Pfeile bekennen, ist eine Garantie für die Schaffung von Arbeit und Brot und das Heer der Eisernen Front weiß es auch, wie auf die Bürgerkriegsdrohungen der System-Armee des „Arbeiterführers“ Hitler zu antworten sein wird. Wenn sie glauben, die Massen der Eisernen Front provozieren und den Zeitpunkt für den Generalappell von sich aus bestimmen zu können, so täuschen sie sich.

Nicht wenn die Barone es wollen, sondern nach eigenem Befinden wird das Heer des freiheitsliebenden Arbeitsvolkes seine Entscheidungen treffen.

Unter stürmischer Zustimmung der Versammelten sang die Rede des Angestelltenführers in der Lösung aus, sich noch enger zu verbrütern in der Einheitsfront der Arbeit und bei der Wahl am 31. Juli für den Sozialismus zu entscheiden.

Die Kundgebung, die die Appelle des Reichsbanners mustfälschlich umrahmte, sang aus in dem gemeinsamen Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und dem Schlachtruf der Eisernen Front: Freiheit!

## Halb Hanswurst, halb Schusterle

### Gemeinheiten der SA.

In diesem schweren Schicksalskampf, in dem zurzeit die deutsche Arbeiterklasse unter Führung der Eisernen Front zur Verteidigung der europäischen Kultur und der internationalen Arbeiterbewegung steht, gibt es im proletarischen Lager immer noch „Partei Führer“, die ihre Hauptaufgabe in der Verunglimpfung des härtesten antifaschistischen Schutzwall, der Eisernen Front sehen. So mußte es der „Rote Fahne“, dem Zentralorgan der SPD, passieren, daß sie mit der knalligen, gegen die SPD gerichteten Unberschrift: „Hitler und Wels für Ausnahmezustand“ just zur selben Stunde erschienen, in dem die Reichswehr Grzesinski verhaftete und Severing, nur der Gewalt weichernd, sein Ministerium verlassen mußte!

Noch toller trieb und treibt es die „SA“, das Blättchen, das vor 4 Jahren von Sendewitz neben seiner Partei zu dem Zweck gegründet wurde, die „SPD“ zu zertrümmern! Heute ist die „SA“ aus Berlin in die Provinz, nach Breslau abgemandert, weil in Berlin der Mahner zu viel sein sollte. Böse Jungen behaupten, daß es mit Ablauf des Wahlkampfes sein Erscheinen für immer einstellen soll. Heute nach 4 Jahren „Parteiaufbauarbeit“ ist das Parteilichen nur noch ein Trimmerhäufchen, der große Redaktionsstab der „SA“ geht klempern, und die politische Rolle von Max Sendewitz und seinen zahllosen mandats- und postenführenden Trabanten dürfte ausgespielt sein. Mit viel Geschrei und noch mehr Demagogie verurteilte die SA die gefährdeten Mandate durch eine „Einheitsfrontoffensive“ zu retten. Die SPD zeigte die kalte Schulter, und die SPD-Arbeiter luden die Einheitsfrontler freundlich zum Eintritt in die gewaltigste und ehlichste Einheitsfront, in die Eiserne Front, ein. Mandatsfehlsprüche aber wurden weder von der SPD, noch von der SA erfüllt. Darob nun Mut und Rage im Lager der SA. Zu einer Zeit, wo für den politischen Reiz die Wege der Reaktion bereits klar erkennbar waren, wo es sich nur noch um Tage oder Stunden handeln konnte, wo das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse nur in den letzten Formationen der Eisernen Front ruhte, da brachte das Sapslerblättchen am 17. Juli die schmutzige Verleumdung, der ADGB partiiere mit Schleicher.

Es heißt, die Hitlerbarone hätten nach der andern Seite, also zum ADGB, Fühlung genommen.

„Mit Severing volle Zufriedenheit! Mag er tiefempfundene republikanische Redensarten vor den kampfeswilligen Demonstranten der Eisernen Front schwächen.“

Weiter geht die Verleumdung:

„Und für diese Maßnahmen, für die sofortige Verordnung der Zwangsarbeit, der Militärportverbände usw. hat man sich die Unterstützung der Spitzen der Eisernen Front gesichert?“ Und zum Schluß heißt es:

„Aber das ist der verhängnisvollste Streich, der der antifaschistischen Bewegung zugefügt werden konnte. Das ist wahrhaftig ein Delikt in ihren Rücken.“

Man steht bei diesem Elaborat, daß dabei Gemeinheit und politische Dummheit die Feder geführt und sich prächtig ergänzt haben. Wo hätten die Deutschen der „SA“ oder der SPD einmal zusammen so viel Zirkularorgane aufgebracht wie Karl Severing allein? Mit welchem Recht wagen es diese Burken, die heute in Breslau das sechsseitige Sapslerblättchen fabrizieren, gegen den ADGB den ungeheuren Vorwurf des Partiiertums mit Schleicher zu erheben?

Wir kennen die Gründe! Es sind dies die Methoden der politischen Leichenfledderer. Dieses ewig uneinige Diskussionsklüßchen hofft mit solchen Gemeinheiten und solch drastischen Verurteilungen der eigenen politischen Dummheit und proletarischen Gewissenlosigkeit, doch etliche Mitglieder der Eisernen Front unsicher zu machen und eventuell gar noch einige Stimmen für die gefährdeten Mandatchen zu ergattern!

Halb Hanswurst, halb Schusterle, das ist die Rolle, die die SA, die die „SA“ jetzt in dieser ersten Zeit im deutschen Proletariat noch spielen können!

## Weiter reicht es nicht?

Von den zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellten 135 Millionen sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, 60 Millionen beim Straßenbau, 50 Millionen beim Ausbau von Wasserstraßen und 25 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen Verwendung finden. Meliorationsdarlehen in Höhe von 2½ Millionen Mark sind durch die Deutsche Bodenkultur in den letzten Tagen bereits vergeben worden.

Man sieht: die Regierung der Hitlerbarone muß, wenn sie in der Arbeitsbeschaffung überhaupt einen Schritt unternehmen will, den von der Brüning-Regierung und den Gewerkschaften gewiesenen Weg gehen. Wie sagt Lessing? Es ist nicht alles Neue gut und nicht alles Gute neu.

## Kriegerwaisen

### und öffentliche Fürsorge

Nachdem den Kriegerwaisen nach Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres nur noch auf Antrag bei Berufs- oder Schulausbildung eine Rente gezahlt werden darf, ist es wichtig, daß der preußische Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß ausdrücklich die Fürsorgebehörden darauf aufmerksam macht, daß diese Renten nicht derart bei der Hilfsbedürftigkeit der Familien in ihrem Haushalte fest zu befinden, angerechnet werden dürfen, so daß eine bereits im Gange befindliche Berufsausbildung oder die Aufnahme einer solchen gefährdet wird. Diesen Runderlaß muß jeder in Frage kommende den Fürsorgebehörden zutreffendfalls unter die Nase halten.

## Achtung, Kameradschaft der Metallarbeiter!

Teilnahme der sich zur „Eisernen Front“ bekennenden Verbandskollegen an der Freitag-Kundgebung in der Jahrhunderthalle ist Pflicht.

Antreten möglichst in Arbeitsbluse um 19.36 Uhr an der Garderobe im nördlichen Rundgang der Halle.

Die erwerbslosen Verbandskollegen können ihre Eintrittskarte anerkennlich beim Kollegen Scharf, der sich ab 19 Uhr vor dem Haupteingang der Halle aufhält, entgegennehmen.

## Kameradschaften des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten

Zu der am Freitag, dem 23. Juli, stattfindenden Kundgebung der „Eisernen Front“, treffen sich die Mitglieder der Kameradschaft um 18½ Uhr in Berufsbildung im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

# Die Tragödie der „Niobe“

## Die Rätsel um den Untergang des deutschen Schulkiffs

Die Katastrophe des deutschen Schulkiffs „Niobe“ in der Ostsee forderte 88 Menschenleben. Die Unglücksursache ist noch nicht geklärt. Aus seemannschaftlichen Kreisen wird uns hierüber geschrieben:

Die „Niobe“ ist das dritte Schulkiff der Kriegsmarine, das im Kampf mit den Elementen verloren ging. Die „Amazona“ lief an der holländischen Küste im Sturm auf Grund, und die „Onesinau“ versank nach einer großen Schlep- und Segelübung vor Malaga. Immer waren die Verluste bei solchen Katastrophen ziemlich hoch.

Die „Niobe“ hatte ein sehr wechselvolles Schicksal. In Frederikshavn, in Dänemark, auf Stapel gelegt, ging sie in den Besitz der norwegischen Handelsmarine über und diente dort im Ueberseeverkehr der Vorkriegszeit. Im Kriege wurde das Schiff, damals noch eine Viermastschoner, die unter dem Namen „Topholm“ segelte, von deutschen Wachbooten aufgebracht und als Prise erklärt. Die Konterbande blieb in deutschem Besitz. Um das Schiff in der Nachkriegszeit wieder zu verwenden, wurde es neu ausgestattet und umgebaut; aus der Viermastschoner wurde die Dreimastschoner, die im Jahre 1928 von der Reichsmarine unter dem Namen „Niobe“ für Schulkiffzwecke übernommen worden ist. Der Dreimast diente von da ab in der Nord- und Ostsee speziell als Kadettenschulkiff und wurde für diese Zwecke auch mit einem Hilfsmotor ausgestattet. Die an ihm für Bedienung notwendige Schiffsbesatzung betrug 34 Mann.

Auf der „Niobe“ lernten die Seekadetten, die angehenden Seeoffiziere der Reichsmarine, das eigentliche Segelhandwerk. Die „Niobe“-Zeit war die schwerste Ausbildungsperiode in ihrem ganzen Werdegang, denn der Dienst auf Segelschiffen erfordert weit mehr körperliche und andere Opfer von den Matrosen und Schiffsbedienten als irgend ein Dampfer oder Kriegsschiff. Aber die Ausbildung auf dem Segelschiff führt weit schneller und besser in das ganze Seehandwerk ein, als es sonst der Dienst auf einem Dampfer überhaupt vermag.

Es kann vorerst noch kein genaues Urteil über sämtliche Ursachen der Katastrophe gefällt werden; Möglichkeiten hierzu bietet erst die bevorstehende Hebung des gesunkenen Schiffes, das jetzt noch in zwanzig Meter Tiefe liegt. In sich ist es vermurde, daß eine heraufziehende südwestliche Gewitterböe bei nordöstlichem Kurs das Schiff zum Kentern brachte. Eine Gewitterböe ist weithin sichtbar und wird vom Barometer sofort registriert. Außerdem galt die „Niobe“ in see-

eine Riesenhäube auf das Wasser legte und so tief drückt, daß kaum die Luft aus den Räumen, nicht aber die Besatzung daraus entweichen konnte.

Glücklicherweise befand sich ein Dampfer auf derselben Höhe wie die „Niobe“, er konnte sofort zur Rettungsarbeit schreiten. Wäre das Schulkiff außer Sicht des Fehmarnfeuereschiffes und irgendwelcher Dampfer gewesen, so wäre es spurlos und ohne Hilferuf versunken. Bei der Schnelligkeit solcher Katastrophen ist dann an Rettung überhaupt nicht zu denken.

Das überlebende Schicksal der „Niobe“ hat ungeklärte Rätsel gebracht. Selbst alle seebefahrene Fachleute hielten bisher eine Windböe von sieben bis acht Sekundenmetern, die noch dazu weithin sichtbar war, für ein Segelschiff von der Bauart der „Niobe“ für ungefährlich. Jeder rechnete damit, daß ein Schiff in Fahrt auch richtig an den Gewitterwind kommen kann, zumal dann, wenn genügend Besatzung vorhanden ist, um das Segelzeug gut zu beschlagen und so dicht zu halten, daß die Angriffe der Sturm böe nutzlos verpuffen. In dem Falle der „Niobe“ liegt aber die Vermutung nahe, daß das Steuerkommando falsch gegeben wurde.

Der Bergungsdampfer „Simon“ ist gestern früh an der Unfallstelle im Fehmarn-Belt eingetroffen und hat die Taucharbeiten begonnen. Die Unglücksstätte ist in der Nacht mit Scheinwerfern eingehend, aber leider ohne Erfolg abgesehen worden. Später kam starker Seegang auf. Bei Anbruch des Tages trafen zwei dänische Flugzeuge, ein Küstenrettungsboot aus Gjedder und der dänische Fischereischutzkreuzer „Island Hall“ ein.

Gestern 18 Uhr sind an der Unfallstelle zwei Fahrzeuge des Marinearsenals Kiel eingetroffen, die Tauchgerät an Bord führen. Ferner ist ein deutsches Minenuchboot in Rødby (Lolland) gewesen, um die dortigen dänischen Behörden um ihre Mitwirkung bei den Nachforschungen der „Niobe“ zu bitten. Das ganze dänische Küstengebiet ist alarmiert, doch ist bisher außer einem Gummiboot, das vielleicht von der „Niobe“ kam, nichts gefunden worden. Die Suche auf See wird von dem Kreuzer „Köln“ fortgesetzt.

Die an der Unfallstelle heruntergegangenen Taucher des Marinearsenals Kiel haben am Abend die genaue Lage der „Niobe“ festgestellt. Sie liegt auf der Seite, wie sie gesunken ist. Die Taucher konnten jedoch noch nicht in das Innere des Schiffes gelangen, da die Talelage den Zugang behindert. Es muß zunächst ein Weg gebahnt werden, doch kann erst mit den Arbeiten früh begonnen werden, da der herrschende Seegang die Bergungsarbeiten außerordentlich erschwert. Leichen wurden bis jetzt nicht gefunden. Heute soll ein weiterer Torpedotaucher eingesetzt werden.

# Der Präsidentenmörder vor Gericht

In dem Prozeß gegen den Präsidentenmörder Gorgulow wurde am Dienstag Nachmittag das Zeugnis vernommen, das der jüngere Minister Pizari, der Augenzeuge des Attentats war und ein Waffenfachverständiger machte. Auslagen, die keine neuen Einzelheiten zutage förderten.

Dem ehemaligen Kosaken Lasarew, der als Landarbeiter in Südrussland tätig ist und während der Voruntersuchung ausgefragt hatte, er erkenne in Gorgulow einen ehemaligen Tischlermeister, wurde eine Photographie von Gorgulow vorgelegt. Er erklärte, das Bild gleiche nicht dem Mann, den er als Gorgulow gekannt habe. Vor Gericht hielt Lasarew seine alten Auslagen aufrecht und führte aus, daß er als Mitglied der Wangel-Armee verwundet und in ein Krankenhaus von Koflow eingeliefert worden sei. Dort hätten sich zahlreiche Studenten befunden, unter ihnen auch Gorgulow. Man habe ihm, dem Zeugen, nicht verschwiegen, daß Gorgulow verhältnismäßig erhalte. Er habe sich daher in der medizinischen Hochschule, die Gorgulow besuchte, erkundigt. Dort seien zwei Professoren tätig gewesen, ein Georgier und ein Deutscher namens Judis. Er habe den Einbruch gewonnen, daß es sich um eine Spionageschule handele. Er, Lasarew, sei später der Tscheka auch verdächtig geworden und habe vor ihr erscheinen müssen. Eines Tages sei der Führer der dortigen Tscheka abgerufen und durch Gorgulow ersetzt worden. Gorgulow habe ihn im Gefängnis besucht und ihn, weil er eine Aussage über die Herkunft seiner falschen Papiere verweigerte, mit einem Gewehrstoß niedergeschlagen. 19 andere Gefangene seien in Gegenwart Gorgulows ebenfalls mißhandelt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden ob er den Angeklagten damals unter dem Namen Gorgulow gekannt habe, erwiderte der Zeuge, man habe ihn den Kameraden Mongol genannt. Er erkenne aber Gorgulow an seiner Stimme und an seinem Aussehen wieder. Der Zeuge bestätigte kategorisch, daß Gorgulow Tschekist sei.

Auf die Aufforderung, zu dieser Aussage Stellung zu nehmen, erklärte Gorgulow, alles sei Lüge und ein verbrecherisches Verhalten. Der Zeuge habe wahrscheinlich Geld von Monarchisten erhalten, um ihn vor seinem Tode zu schützen. Er habe nie der Tscheka angehört, er habe in Koflow studiert. Er sage die volle Wahrheit, während Lasarew lüge. Mit den Worten: „Es ist traurig“ sank Gorgulow auf der Anklagebank zusammen und begann zu weinen. Der Hauptverteidiger Görard machte das Gericht darauf aufmerksam, daß dem Zeugen eine Photographie Gorgulows aus dem Jahre 1920 vorgelegt worden sei, und daß dieser den Angeklagten darauf nicht erkannt habe.

Als nächster Zeuge wurde Dr. Genil-Perzin, einer der drei Ärzte vernommen, die Gorgulow auf seinen Geisteszustand untersucht haben. Der Zeuge sagte aus, er und seine Kollegen hätten ihren Bericht in voller Freiheit ohne irgendeinen Druck ausgearbeitet. Der Angeklagte besäße eine Kultur, die er nicht ganz verdaulich zu haben scheine. Er sei literarisch und besäße also eine Tendenz zum Ueberschwung und zur Erfindung. Rasse und Literat. Überall verleihe, das seien drei Ausdrücke, die man beachten müsse, um seinen Geisteszustand zu würdigen. Anzeichen dafür, daß er ein Kandidat für die Paralyse sei, wären nicht vorhanden. Der Zeuge ludte dann die Schlussfolgerungen dreier Privatärzte, die Gorgulow als geisteskrank erklärt haben, zu widerlegen. Da einer dieser Ärzte Russe ist, verteidigte der Zeuge zu der Erklärung, in den Schlussfolgerungen und in der Haltung seines Kollegen Zworn finde man große Ähnlichkeiten mit der Haltung Gorgulows. Darauf erklärte der Hauptverteidiger: „Dr. Zworn ist kein Herrlicher“. Nein, erklärte der Zeuge, aber er sei ein Russe. Der Zeuge führte weiter aus, daß Gorgulow geistige Besonderheiten aufweise,

aber keine geistige Störung, und daß er als verantwortlich angesehen werden müsse.

Dazu erklärte Gorgulow, die Ärzte hätten ihn überhaupt nicht untersucht. Sie hätten ihn wie Gendarmen ausgefragt. Als der Zeuge dann erklärte, er habe immer sagen hören, daß der Kaufmann ein Land der Legende sei, erklärte der Hauptverteidiger, Gorgulow sei kein Kaufmann. Diese Enttöschung verletzten den Zeugen derart in Erstaunen, daß das Publikum darüber in ein schallendes Gelächter ausbrach und gegen die wissenschaftliche Ungläubigkeit des Zeugen protestierte. Die beiden anderen Gerichtsarzte schloßen sich den Erklärungen ihres Kollegen an, hielten sich aber an rein wissenschaftliche Erklärungen. Dann wurden mehrere Privatärzte vernommen (unter ihnen jedoch nicht der vorher genannte Dr. Zworn), die zu anderen Schlussfolgerungen gekommen sind. Sie sagten aus, daß die Vergangenheit des Angeklagten, seine konfusen Schriften und sein Größenwahnsinn dafür sprächen, daß er geistig krank und daher für seine Tat nicht verantwortlich sei.

## Gorgulow zum Tode verurteilt

Der Präsidentenmörder Gorgulow wurde am Mittwoch zum Tode verurteilt. Gorgulow selbst hat um die Todesstrafe.

Der Schwager des Angeklagten, Geng, sagte im Verlauf des letzten Verhandlungstages nach aus, er habe Gorgulow stets als einen ruhigen und korrekten Mann gekannt. Seine Schwester habe sich nie über ihn zu beklagen gehabt. Dann wurde Frau Gorgulow ausgerufen. Als sie völlig in Schwermut gesunken in den Saal trat, erhob sich Gorgulow und rief: „Ich bitte Dich um Verzeihung“. Das Verhör war nur von kurzer Dauer. Frau Gorgulow sagte mit weinender Stimme aus, daß sie mit ihrem Mann glücklich gewesen sei. Erst in den letzten vierzehn Tagen vor dem Attentat habe sich sein Verhalten ihr gegenüber geändert. Er habe Frankreich geliebt und einmal im Kino sein Fall geklärt, als Doumer auf der Leinwand erschien. Mit den Worten: „Haben Sie Mitleid mit mir und dem Kind, das ich demnächst zur Welt bringen werde“, verließ sie den Gerichtssaal.

Anschließend kam der Generalstaatsanwalt an Wort, der für eine unbarmherzige Strafe plädierte. Die Verteidiger forderten die lebenslängliche Internierung Gorgulows.

## Naziistische Erziehung

Die Gutiner Kaserne hatte am Mittwoch anlässlich der Schulkiff-Katastrophe die Dienstflagge halbmast gesetzt. Die Flagge ist von drei jungen Landarbeitern, die der Naziaktion angehören, heruntergerissen worden. Sie werden dem Schnellrichter zugeführt.

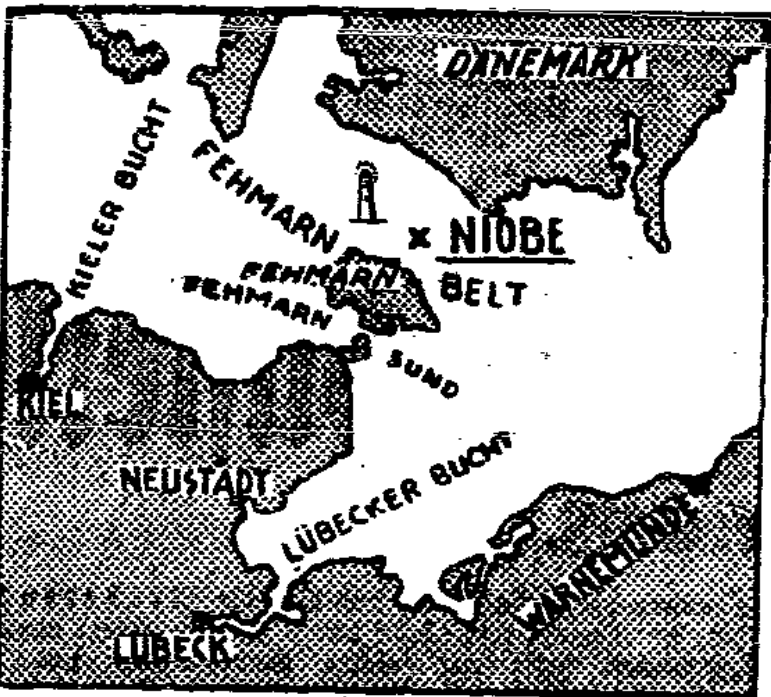
## Zusammenstoß eines Gerätes

In der Gemeinde Komlos in Ungarn hatten sechs junge Leute das Baugerüst der katholischen Kirche bestiegen, um die Aussicht zu genießen. Das Gerüst brach plötzlich zusammen und rief die sechs jungen Besucher mit in die Tiefe. Die Verunglückten konnten sämtlich nur als Leichen geborgen werden.

## Flieger Helmuth Hirth verunglückt

Dem bekannten Flieger und Flugzeugkonstrukteur Helmuth Hirth wurde am Dienstag auf dem Flugplatz Böhlingen der rechte Unterarm abgeschlagen. Der tragische Unfall ereignete sich beim Ausprobieren eines neuen Flugzeugmotors, der beim Europaflug verwendet und in ein Großflugzeug eingebaut werden sollte.

Eine Karte vom Schauplatz der Katastrophe



In der mit einem Kreuz bezeichneten Stelle ereignete sich das Unglück.

männlichen Kreisen für see- und windfest. Im Verhältnis zur Länge des Schiffes war die „Niobe“ unverhältnismäßig breit und deshalb eigentlich völlig windfester. Ueberrassungen durch böige Winde schienen bei diesem Schiff und guten Segelmannövern fast ausgeschlossen. Viel eher konnte bei der sehr offenen und großen Takelage mit Segelverlusten bei überraschenden Winden gerechnet werden. Die Sicherheit des Schiffes vor böigen Winden war um so größer, als an Bord außer der regulären und immer vollständigen Besatzung noch Seekadetten für eilige und dringende Segelmannöver zur Verfügung standen, die bei drohenden Sturmgefahren eine schnelle und sichere Segelbergung garantierten.

Nach den vorliegenden Berichten muß das Schiff gerade in den aufkommenden Wind gedreht haben, eine Lage, die jedem Segelschiff gefährlich werden kann. Der wachhabende Offizier hat diese Gefahr sicherlich anerkannt und gab deshalb den Befehl: „Halt an Steuerbord ran!“, ein Kommando, das richtig und schnell ausgeführt, das Schiff sofort in seine entgegengesetzte Lage zum Wind bringen muß. Aus dem Bericht eines Geretteten geht jedoch deutlich hervor, daß das Bergen der Segel und der Kurswechsel des Schiffes zu spät geschah. Als man gerade anfang, die Obersegel zu reffen, auch in der Ferne auf einmal „Do X“ auf. Der Gerettete erzählt nun: „Da hatten wir natürlich genau zu tun, um uns durch Winden bemerkbar zu machen. „Do X“ war noch nicht ganz am Horizont verschwunden, als plötzlich das Unheil geschah.“

Die Böe sauste heran, erreichte das Schiff, noch ehe die Wendung vollzogen war, drückte mit voller Kraft seitlich in die Leinwand und brachte das Schiff zum Kentern. Im Verhältnis zur Windstärke muß während des Angriffs der Böe noch sehr viel Segelleinwand freigestanden haben. Es wird zwar behauptet, daß der Befehl zum Bergen der Obersegel, also aller Rahsegel der „Niobe“, noch vor der Böe gegeben worden sei, aber das Segelmannöver in den oberen Segeln dauert immerhin mindestens fünfzehn bis zwanzig Minuten. Es besteht somit leicht die Möglichkeit, daß die nur halbvollendete Arbeit der Mannschaften zum Verhängnis wurde.

Krappierend bei dieser Schiffskatastrophe sind die hohen Verluste. Das hat zweierlei Ursachen. Einmal senkte sich das Schiff in der raschen, seitlich ankommenden Böe sofort soweit nach Lee über, daß die Räder über die Wasserlinie heraustraten, ehe man überhaupt alleinst die Gefahr erkennen konnte. Zum anderen aber mußten alle Decksaufen des Schiffes offenstehen haben. Als das Wasser über die Reekling kletterte, verrieten die Wasserballen offenbar mit größtem Druck alle Jungmänner aus den unteren Decks ab, die Räume unter Deck ließen voll Wasser und verpufften den Mannschaften den Weg ins Freie. Die Leute in Zwischendeck mußten sofort mit in die Tiefe gezogen sein. In den Augenblicken, wo ein Segelschiff kentert, gibt es in überhaupt nur Rettungsmöglichkeiten für die Mannschaften, die sich auf Deck oder in den Masten befinden. Alle anderen sind zum Nachsichs verurteilt, und es ist der gesenterte Schiffsrumpf wie

# Die bösen Streiche von Peter Lustig und Josef Eisenbart

Text von J. M.

Zeichnungen von Bartold.

(Nachdruck verboten.)



Witterweile überlegte sich der Länge, wie sie entweichen könnten. Da, auf einmal, hatte er einen Einfall. „Hilber Graben, was?“ sagte er, auf den Graben, der neben dem Weg lief, zeigend, was gilt die Bitte, daß Sie nicht hinüberpringen können, Herr Gendarm?“ — „Wie? Ja wäre nicht hinüber?“ rief der Postknecht aus empört strahlendem. „Nein, lieber Freund, das bringen Sie nicht fertig, die Länge der Länge. Aber ich lehne, ich mach'...“ Ich er, ich auf die Brust schlagend.

Der Gendarm pumpte Luft. „Das werden wir sofort sehen!“ rief er aus. „Aus dem Wege!“ Und, den Peter und den Josef auf die Seite schiebend, lief er bis an den Wegesrain zurück, nahm die Zähne fest aufeinandergebissen, einen Anlauf und besand sich im folgenden Augenblick über dem breiten Graben, indem ihm seine beiden Arme voller Spannung nachdrückten. Und, was die beiden Halunken erwartet hatten, geschah....